

Auf alle Fälle steht man jetzt vor der Tatsache, daß die Deutschnationalen durch Annahme des kommunistischen Antrags ihrer Gegnerschaft gegen die Außenpolitik des Reiches den kräftigsten Ausdruck verliehen haben. Und wie immer man über die Motive ihres Verhaltens denken mag, so ist doch die Illusion, daß man mit deutschnationaler Hilfe eine erfolgreiche Außenpolitik auf der bisherigen Linie treiben könnte, zerfällt. Deutschland würde sich vor aller Welt dem berechtigten Vorwurf der Unaufrichtigkeit aussetzen, wenn es morgen in den Völkerbund eintreten, übermorgen aber sich eine Regierung geben wollte, deren Mitglieder sich zum Teil eben erst als unbeherrschbare, unversöhnliche Völkerbundesfeinde gezeigt haben.

Die Deutschnationalen sind gestern wieder einmal Opfer ihrer eigenen nationalistischen Demagogie geworden. Wenn etwas an ihnen ehrlich ist, dann ist es ihr Wunsch, möglichst bald zu den Fleischhauern der Regierung zurückzukehren. Ihre taktische Absicht war, beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Rolle der unbeteiligten Zuschauer zu spielen und dann mutig „auf den Boden der vollendeten Tatsachen“ zu treten. Und darum mochte ihnen der kommunistische Antrag, der sie zu einem Ja oder Nein zwang, während sie doch weder das eine noch das andere sagen wollten, schon sehr, sehr unangelegentlich kommen sein.

Das Ergebnis war eine — sonst gewiß sehr verschieden zusammengesetzte — Mehrheit, die sich zur außenpolitischen Vernunft bekannte, und auf der anderen Seite ein Häuflein Grafen, Erzellenzen, Geheimräte und verkracht kommunistischer „Arbeiterführer“, das die Fahne der nationalistischen Demagogie schwang. Die klüglichere Rolle in dieser bunten Gesellschaft haben die Deutschnationalen gespielt. Denn sie ließen sich von den Ereignissen überrumpeln, begaben sich unter die Führung des von ihnen sonst zum Kinderrecht ausgeplusterten „Bolschewismus“ und kamen zu einem Ergebnis, das sie gar nicht gewollt hatten.

Denn — ihre Regierungsfähigkeit in Frage stellen, das haben sie ganz gewiß nicht gewollt!

Besprechung Briand/Hoersch.

Paris, 26. August. (Eig. Drahtber.) Botschafter v. Hoersch hat am Donnerstag mit Außenminister Briand und Generalsekretär Berthelot eine Reihe schwerwiegender Fragen über die bevorstehende Völkerbundtagung und die am Montag beginnende Tagung der Studienkommission für die Reform des Völkerbundes besprochen.

Am Freitagabend wird v. Hoersch in Berlin vom Reichsaussenminister die Instruktionen für Genf empfangen und am Sonnabendabend zur Teilnahme an den Beratungen der Studienkommission nach Genf abreisen.

Sozialistische Abrüstungspolitik.

Die Verschleppungsgefahr der Genfer Methode.

Zürich, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag trat im Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale unter dem Vorsitz von Albaroda-Holland der von der Exekutive der SWA. eingesetzte Ausschuss für die Fragen der Abrüstung zusammen. An ihr nahmen teil: de Brouckere-Belgien, Wels-Deutschland, Cramp-England, Bracke-Frankreich, Modigliani-Italien und der Sekretär Adler. Der Ausschuss sah folgenden Beschluß:

„Der Ausschuss für Abrüstungsfragen hat nach eingehender Beratung beschlossen, vorerst jene Probleme zur Grundlage seiner weiteren Arbeit zu machen, deren Lösung geeignet ist, unter den gegebenen Verhältnissen die praktische Verwirklichung der Abrüstung zu beschleunigen. Der Ausschuss stellt fest, daß die Methode der Vorkommission für die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes, vor der Prüfung konkreter Abrüstungsmassnahmen die Gesamtheit der Bedingungen zu untersuchen, denen eine wirklich

allgemeine Abrüstung entsprechen müßte, die Gefahr mit sich bringt, daß, ganz abgesehen von allen Vorwänden, hinter denen sich böse Absicht verbirgt, die Kompliziertheit des Problems eine unabsehbare Verzögerung bewirken könnte. Die Kommission lenkt daher die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft auf folgende Fragen:

1. Sollen sobald als möglich die auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welchen Abrüstungsmassnahmen sie für ihren Teil zustimmen bereit sind? Der Zweck der Konferenz wäre dann, diese Abrüstungsangebote der einzelnen Länder zu diskutieren, um sie miteinander in Übereinstimmung zu bringen und ihren Umfang so weit als möglich auszudehnen.
2. Falls es nicht gelänge, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, gebietsweise Abrüstungsvereinbarungen herbeizuführen?
3. Auf welche Weise sollen die von einzelnen Ländern freiwillig durchgeführten Abrüstungsmassnahmen gefördert werden?
4. Soll, um eine Vereinkartung über die Abrüstung wirksam zu gestalten, eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Kriegsmittelproduktion eingerichtet werden?
5. Inwieweit haben die angeschlossenen Arbeiterparteien die Möglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren?

Der Ausschuss wird diese Fragen im Einvernehmen mit den angeschlossenen Parteien beantworten und der nächsten Sitzung der Exekutive der SWA. einen Bericht vorlegen; er bereitet außerdem die prinzipielle Stellungnahme der Internationale zu den Fragen der Heeresorganisation vor. — Als Berichterstatter wurde Albaroda-Holland gewählt.

Kein Enthüllungsfeldzug des Sparerbundes

Eine Zuschrift des Sparerbunds.

Der „Reichsdienst deutscher Presse“ hatte mitgeteilt, daß der Sparerbund eine Enthüllungskampagne beabsichtige. Die Reichsregierung sei informiert. Dazu schreibt uns der Sparerbund:

„Dem Sparerbund sind die ihm anscheinend vom „Reichsdienst“ unterstellten Enthüllungsabsichten mit einseitiger Berichterstattung durchaus unbekannt. Ebenfalls unbekannt ist der Sparerbund, wie ihm der „Reichsdienst“ zu unterstellen scheint, „Aufhebungen oder Verheerungen“. Die dem Sparerbund völlig unbekannt und fernliegenden Enthüllungsabsichten können also auch der Reichsregierung unmöglich „bekannt“ sein. Die Reichsregierung könnte höchstens einer Mystifikation zum Opfer gefallen sein. Der Kampf des Sparerbundes ist bisher und wird auch künftig nur mit den Waffen des Rechts und der alten Grundsätze von Treu und Glauben geführt. Er kann die zweifelhaften Kampfmittel seiner Gegner durchaus entbehren. Der Kampf des Sparerbundes wird auf rein sachlicher, rechtlicher Grundlage weitergeführt werden trotz des Beschlusses des Reichsministeriums des Innern vom 18. August 1926.“

Hugenbergs Exzellenz.

Der Rechtsgelehrte aus Capri.

Wir berichteten gestern von der doppelten Buchführung im Hause Hugenbergs, von dem in der Provinzansage des „Tag“ verbreiteten, den Berliner Lesern aber vorenthaltenen Interview mit einem bekannten amerikanischen Juristen.

In Ergänzung unserer Mitteilungen ist jetzt der „Soz. Pressedienst“ in der Lage, einiges über die Qualitäten jenes Mitarbeiters zu sagen, der dem Hause Hugenberg das prächtvolle Interview vermittelte. Es handelt sich, wie erinnerlich, um einen gewissen „Dr. jur. can. et civ. Hölscher“. Dieser Hölscher wird in den Kreisen seiner Bekannten und Verwandten offen für verrückt erklärt. Sein Artikel bestätigt zweifellos diesen Eindruck. Er war während des

Krieges als Generalbevollmächtigter des Fürsten von Hohenhausen tätig. Aus dieser Stellung mußte er eines schönen Tages wegen seiner Leistungen verschwinden. Er spielte dann eine Rolle bei einem Halberstädter Industrierief, brachte dieses Unternehmen bald zum Ruin und wurde kurze Zeit darauf — die neueste Erfindung Hugenbergs, Herr Kufmann wird Frau — in einen Ehecheidungsprozess verwickelt, den seine Frau gegen ihn angestrengt hatte. Der Ausgang dieses Prozesses führte zur Verhaftung Hölschers wegen Meineid. Er wurde dann lange auf seinen Gesundheitszustand untersucht. Mit Rücksicht auf seine mangelnde Zurechnungsfähigkeit stellte man dieses Verfahren damals nach monatelanger Untersuchung ein und entmündigte den Kronzeugen Hugenbergs. Hölscher verschwand schließlich aus Deutschland und richtete dann aus dem Ausland als „Seine Exzellenz, Kaiserlich Russischer Geheimrat usw.“ an die verschiedensten Persönlichkeiten allerlei verrückte Briefe. Der an dem Briefkopf vorgebrachte und erfindene Titel besagt schon genug.

Wie mag Hugenberg stolz gewesen sein, als er von dieser Sorte Erzellenzen aus Capri einen Zeitartikel über „Amerika und die deutsche Justiz“ erhielt!

Der Volksentscheid ist vorüber —

Der Herzog von Braunschweig räumt aus.

Aus Braunschweig wird dem Sozialdemokratischen Pressedienst geschrieben: Der ehemalige Herzog von Braunschweig macht wieder einmal von sich reden. In seinem Auftrag sollen seit einigen Tagen über den großen Schloßplatz der Stadt Braunschweig Möbelwagen, in denen sich zum Teil sehr wertvolle Möbelstücke und andere Kostbarkeiten befinden. Der Welfe hatte schon im Frühjahr dieses Jahres einmal gewaltig ausgeräumt, hatte 11 Risten und einen Waghorn Silbergeschirr und 347 wertvolle Möbel- und Einrichtungsgüter nach dem ihm zugesprochenen Schloß Blankenburg a. Harz schaffen lassen. Außerdem hatte er 70 Gemälde und 7 wertvolle Gobelins aus dem Braunschweiger Schloß geholt. Es stürzte weder den Herzog noch die schwarzweißrote Regierung, daß darunter auch Möbelstücke waren, die seit Jahrzehnten im Landesmuseum ihren Platz hatten. Der Auseinandersetzungsvertrag zwischen dem braunschweigischen Staat und dem Welfenhaus, im Oktober 1925 von der schwarzweißroten Einstimmigkeit beschlossen, sieht in § 5 vor, daß nur die von der ehemaligen Hofstatt benutzten Sachen mitgenommen werden dürfen und der frühere Herzog nur bis zum 1. Juli 1926 seinen Raubzug ausführen darf. Der 1. Juli ist längst vorbei, aber das Krautrumen wird fortgesetzt. Kurze Zeit vor dem Volksentscheid stellte der Welfe die „Enteignung“ im Braunschweiger Schloß ein. Offenbar befürchtete man damals, der Volksentscheid werde siegreich sein. Der Volksentscheid ist vorüber, es wird eifrig weiter ausgeräumt...

Kreuz-Zeitungs-Nöte.

Ein letzter Rettungsversuch.

Der Aufsichtsrat der „Kreuz-Zeitung-N. O.“ beruft auf den 20. September d. J. eine außerordentliche Generalversammlung und legt eine Zwischenbilanz per 31. Juli 1926 nebst einem Bericht über die Lage der Gesellschaft vor. Die Verwaltung wird sodann Mitteilung über Verlust von mehr als der Hälfte des Aktienkapitals gemäß § 240 HGB. machen, worauf eine Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung im Verhältnis von 10:1 zum Zweck der Befestigung der Unterbilanz vorgenommen werden wird.

Der neue japanische Botschafter Nagaoka ist heute vormittag in Berlin eingetroffen.

Noch immer Marokkokrieg. Französische Flugzeuge haben nördlich von Weflan die Stellungen der Gellawa dicht vor den französischen Linien mit Bomben „belegt“.

G. — G. — G.

Aus Graz schreibt man:

Armin Fischer, ein deutscher Mann und Oberlehrer dazu, von einem unerschrockenen weißen Bollbart umrahmt, tritt vor den Bezirksrichter. Er ist ein Opfer deutscher Familienlebens und Stoppentrains, ein sterblicher Woban, gegen den die Walfären Thusnela und Brunhilde die Ehrenbeleidigungsklage eingebracht haben, weil er sie des Diebstahls bezichtigte. „Da, Freude du Frevelst du mir? Was bist du, als meines Willens blind waltende Kür?“ — „Ja, Woban, als Brunhilde sich nicht alles gefallen ließ; Brunhilde jedoch, die beim Friseur war und sich das Wahrzeichen deutschen Weibstums, minniger Nagdschleife, den Zopf, abschneiden ließ, wollte nicht nur die „blind waltende Kür“ sein, und auch Thusnela, die sich noch nicht tubitopfüher der turzhaarigen Zeit anpaßte, lehnte sich gegen den Vater auf. Da Armin Fischer die Behauptung, seine Töchter seien Diebinnen, nicht zurücknahm, machten sie kurzen Prozeß und brachten beim Bezirksgericht einen langen ins Rollen.

Armin, Brunhilde und Thusnela — müssen sie zu Protokoll geben, daß ihr Glaubensbekenntnis GGG. ist. Als der Richter fragte, ob Armin römisch-katholisch oder evangelisch sei, erwiderte er fest und treu: „Geh! Geh! Geh!“ Da man immerhin annehmen konnte, daß er stotterte oder zu gackern verfuhrte oder dem Richter ironisch singen wollte: „Geh! Geh!“, fragte der Schriftführer mißmutig: „Wie bitte?“

„Geh! Geh! Geh!“ antwortete Armin Fischer weisend.

Unsichere Stille, verlegenes Schweigen. Soll man den Psychiater verständigen oder soll man noch einmal fragen?

„Ihre Religion bitte...?“

„Geh! Geh! Geh!“

„Was heißt denn das...?“

Da verließ sich das Anstalt des germanischen Oberlehrers, und als ob er einen Nibelungenbraten mit Saft im Munde wälzte, formte er fähigst die Worte: „Germanische Glaubens-Gemeinschaft. GGG. ist die Abkürzung.“

Das also war es — ein Aufstöhnen der Erleichterung ging durch den Saal: eine abgekürzte Weltanschauung, die Firmenbezeichnung einer obskuren Religion, ein HRS. (Hakenkreuzler-Schwachsin). GGG. — das ist die Lösung für alle, die da sind rein W. (Arischer Abstammung) und mit einem kräftigen „Hül, Woban!“ aufstehen und mit einem biederem „Donar sei Dank!“ oder einem gefühlvoll gemurmerten „Walbur, vernichte die Juden!“ wieder schlafen gehen. Man muß nur achtgeben, daß aus GGG. (Germanische Glaubens-Gemeinschaft) keine GGG. (Germanische Gauner-Gesellschaft) oder gar ein GGG. (Germanisches Gehirnschwund-Gebilde) wird!

Die Verhandlung, ohne die die GGG. eine Germanische Geheimgründung geblieben wäre, wurde vertagt, da Armin Fischer gegen seine Töchter Brunhilde die Zopflose und Thusnela die Tubitopfüher fünfzehn Zeugen in die Wallstatt führen will.

Maler, Dichter und Kunstgelehrter.

(Zu Fromentins 50. Todestage.)

Eugene Fromentin darf in der Kunstgeschichte den seltenen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, gleich Grotes als Maler, als Dichter und als Forscher der Kunst geleistet zu haben. Bei uns ist dieser geniale Naturbeobachter am bekanntesten geworden durch sein klassisches, meisterhaft ins Deutsche übertragene Werk „Die alten Meister“, in dem er unübertreffliche Schilderungen und Analysen der Hauptwerke der flämischen und holländischen Malerei geliefert hat. Er ist der erste gewesen, der die Lichtkunst Rembrandts in ihrer ganzen Bedeutung erkannte und in ihrer Schönheit erhellte; aber auch die Werke der alten Niederländer, eines Franz Hals und Paul Potter, eines Ruysdael und Rubens, haben seinem Malerauge ihre Geheimnisse offenbart. So ist Fromentin mit diesem berühmten Buch unzähligen ein Führer gewesen, der ihnen den Weg ins Land der Kunst und zum Verständnis der schönsten Werke mied. Die Wortgewalt, die seine Kunstkritiken zeigen, entfaltete Fromentin auch in seinen Landschaftsschilderungen aus Argier und der Wüste Sahara. Er gehört zu den ersten, die die Wunder der ertösenden Natur entdeckten, und zwar hat man seine Kunstwerke des Worts ebenso würdevoll, wie die des Pinsels. Fromentin war ja in erster Linie Maler und ein Hauptvertreiter jener „Orientmode“, die Victor Hugo in der Dichtung und Delacroix in der Malerei heraufzuführen. Er besuchte das Schahelgebiet und die Sahara und brachte davon außer seinen genialen Wortschilderungen der Landschaft auch die Eindrücke für zahlreiche Bilder mit, die die Feinheit seines Auges und seiner Empfindung verraten. In seinen Gemälden hat er dieselbe Zartheit der Farben und Nuancen wie in seinen schriftstellerischen Arbeiten. Diese Bilder Fromentins, die eine Zeit lang weniger beachtet wurden, werden heute hoch geschätzt und sichern ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte der französischen Malerei. Sein Roman „Dominique“ verschafft ihm aber auch einen wichtigen Platz unter den Dichterspsychologen. Im Rahmen einer wunderbar gesehenen Landschaft schildert er den Kampf seines Helden, der eine Art Berther ist und sich aus willkürloser Empfindsamkeit zu einem nützlichen und tätigen Menschen emporrafft. Wie aus dem Unterbewußtsein plötzlich Triebe hervorbrechen und zu ungewöhnlichen Entschlüssen fortreißen, wie bewußtes und unbewußtes Seelenleben durcheinander wogt, das ist hier so scharf beobachtet, daß die großen Psychologen der neueren Literatur, von Bourget bis Proust, in Fromentin ein Vorbild fanden. Dr. F. S.

Der Schädel des Eiszeitmenschen von Le Moustier. Der in der vorgeschichtlichen Abteilung der Berliner Museen bewahrte Schädel des eiszeitlichen Menschen von Le Moustier in der Dordogne ist jetzt von Dr. Hans Wejnert neu zusammengesetzt und in dieser Form veröffentlicht worden. Der Le-Moustier-Fund hat, seit ihn 1908 Otto Hauser ans Licht brachte, schon allerlei wissenschaftliche Schicksale gehabt. Zuerst hatte ihn Prof. Hermann Klossak zusammengesetzt; aber der danach im Handel befindliche Abguss ist, wie jetzt Prof. Eugen Fischer, der nach Berlin-Dahlem berufene Freiburger Anthropologe, in der Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie schreibt, gänzlich unbrauchbar. Verlässliche Nachbildungen des Schädels liegen in der Literatur nicht vor. Auch die spätere Zusammenfügung nach der Rekonstruktion von Eduard Krause genügt nach Fischers

Urteil nicht. Wejnert gibt nun in feiner mit peinlichster Sorgfalt geschaffenen Arbeit Abbildungen und Diagramme des neu zusammengesetzten Schädels und in einer Tabelle alle erdenklichen Maße und Indizes — legt erst das wichtige und hochinteressante Objekt der Wissenschaft erschlossen. Die Augenhöhlen sind nicht mehr so unwahrscheinlich hoch, das Ganze ist etwas menschlicher, nicht mehr so primitiv, was zu erwarten war, da es sich um eine Jugendform handelt. Nach Wejnert gehört das Fossil anatomisch völlig zur Neanderthaltraße der älteren Steinzeit. Ältere Merkmale weist es nicht auf. Wejnert betont besonders, daß man an den paar Nasen, die wir vom Menschen jener Zeit besitzen, auch noch individuelle Unterschiede berücksichtigen müsse. Endlich spricht nichts an dem Schädel dafür, daß er gorillöser Abstammung ist im Gegensatz zu einem orangoiden Aurignacienmenschen.

Ein kunstgeschichtlich wertvoller Fund. Die Münchener Glyptothek erwarb einen Jünglingskopf in grünem Basalt, der die Nachbildung eines Bronzeoriginals aus der Zeit des Polglet, des ältesten erlesenen Vorklassikers, darstellt. Die ganze Figur, die den gleichen Kopf trägt, ist in einer Bronze aus Tanina in der Eremitage von Leningrad erhalten, die einen leterfahrenden Orpheus auf einem Felsen wiedergibt. Nach der Stilbestimmung gehört das Werk zu einer größeren bildhauerischen Komposition aus der Mitte des 5. Jahrhunderts vor Christi. Auf den zugehörigen Inschriften, die sich zum Teil bei den deutschen Ausgrabungen in Olympia gefunden haben, wird als Schöpfer des Kunstwerks der Bildhauer Dionysios von Argos genannt. Der Kopf in der Münchener Glyptothek vermittelt demnach die Kenntnis eines bisher unbekanntem Meisters der Bildhauerschule von Argos.

Im Steinzeitalter der Gegenwart. Ein Volk, das noch heute auf einer Kulturstufe steht, die der des Urmenschen der Steinzeit gleich ist, sind die Wapi auf Neuguinea, deren bisher unerforschte Wohnsitze am Toricelli-Gebirge der australische Naturforscher E. H. Briggs durchwandert hat. Der Gelehrte, der jetzt von seiner Reise zurückgekehrt ist, berichtet, daß die Eingeborenen noch nichts von der Bearbeitung der Metalle wissen. Sie benutzen Steine und verwenden sowohl für den Krieg wie für die Jagd nur Pfeil und Bogen. Sie tragen große Holzschilde, die mit merkwürdigen Spiralen verziert sind. Sehr ausgebildet ist bei den Wapi der Signaldienst, für den sie sich der Trommelsprache bedienen. Die Trommeln, die aus ausgehöhlten Baumstämmen verfertigt werden, sind prächtig verziert und haben einen geheimnisvollen wohlklingenden Klang. Der Signalgeber schlägt seine Trommel mit einem Holzstück und weiß ihr Töne zu entlocken, die einfache, aber sehr verschiedenartige und deutlich unterscheidbare Melodien darstellen. Ihre Tänze führen sie nachts bei dem Fladernschein von Fackeln aus, die aus getrocknetem Bambus bestehen. Die ungewisse Beleuchtung und der Rhythmus der Trommeln verleiht sie in eine Art von Verzückung, bei der sie aber nichts von der genauen Ausführung bestimmter Bewegungen einbüßen.

Peter-Raabe-Konzerter 1926/27. Die großen Sinfonie-Abende des Berliner Sinfonie-Orchesters unter Leitung von Dr. Peter Raabe finden an folgenden Tagen statt: 9. November, 7. Dezember, 8. Februar und 1. März. Zur Aufführung gelangen u. a. folgende Werke: R. Strauss: Don Quixote. R. Wagner: Parsifal zu einer Tragödie (Einführung), Wagner: Variationen, G. Schumann: Variationen, Brahms: Sinfonie Nr. 2, Beethoven: 2. und 4. Sinfonie.

Der Unfug der Wehrverbände.

Eine Schwertung der Schwerindustrie?

Der „Börse-Kurier“ wiederholt die von rechtsstehenden Kreisen dementierte Nachricht, daß Ehrhardt ohne Erfolg versucht habe, Gelder der Schwerindustrie für eine Politisierung der rechtsradikalen Wehrverbände zu mobilisieren. Unter dem Eindruck der internationalen Wirtschaftsverhandlungen habe die rheinisch-westfälische Schwerindustrie ihre außenpolitische Einstellung geändert. In einer Essener Meldung des Blattes heißt es dann weiter:

In hiesigen führenden Großindustriellentreifen hört man jetzt allgemein die Auffassung vertreten, daß eine deutsch-französische Verständigungspolitik nunmehr auch in der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung liege. Wie wir von durchaus zuverlässiger gutinformierter Seite erfahren, hat sich eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des Stahltrufes vor einigen Tagen anlässlich einer in Essen stattgefundenen Besprechung mit aller Entschiedenheit gegen die neue Aktivität der Vaterländischen Verbände im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ausgesprochen. Es sei endlich an der Zeit, erklärte dieser bekannte Großindustrielle, daß jetzt die seit der Nachkriegszeit von den Zielen gründlicher Allgemeinbildung abgelenkte Jugend wieder entpolitisiert und zu erster systematischer Arbeit im Dienste des Wiederaufbaues des Vaterlandes herangezogen werde. Man kann erwarten, daß künftig die westdeutsche Großindustrie den Rechtsorganisationen nicht mehr die materielle und moralische Unterstützung zuteil werden läßt, die sich diese Organisationen, die allmählich als eine unangenehme Belastung empfunden werden, bisher erfreut haben.

Die Gerüchte über neue schwere Auseinandersetzungen zwischen zwei bekannten rheinischen Industriekapitänen und Hugenberg verdichten sich. Es ist anzunehmen, daß diese Auseinandersetzungen demnächst Gegenstand scharfer Polemiken in der Öffentlichkeit werden.

Das wäre die entgegengesetzte Entwicklung, die sich in Sachsen vollzieht. Man wird abwarten müssen, wie diese sich schroff gegenüberstehenden Tendenzen die Gesamtpolitik der Volkspartei beeinflussen werden.

Mahrauns Denkschrift.

Die Klage der „Deutschen Zeitung“ gegen den Jungdeutschen Orden.

Im Mai dieses Jahres wurde auf Veranlassung des preussischen Ministers des Innern eine Polizeikommision gegen den „Wiking-Bund“, Sportklub „Olympia“, Wehrbund Ostmark durchgeführt, in deren Verlauf auch bei bekannten Persönlichkeiten, wie Justizrat Glash, Dr. Bögl, Oberst Nikolai usw. Hausdurchsuchungen abgehalten wurden. Im Verlaufe dieser Angelegenheit entspann sich zwischen der „Deutschen Zeitung“ und dem Jungdeutschen Orden eine mit großer Heftigkeit ausgetragene Fehde. Chefredakteur Major a. D. v. Sodenstern warf dabei dem Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, vor, daß er dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister eine Denkschrift überhandt habe, die den Anlaß zu dem Vorgehen des preussischen Innenministers gegeben hätte. Mahraun bestritt nicht die Tatsache, daß er dem Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem Reichswehrminister eine Denkschrift habe zugehen lassen, stellte aber energisch in Abrede, daß der Inhalt der Schrift Minister Soderings Unterlagen für sein Vorgehen geboten habe. In diesem Pressekampf kam es zu scharfen Angriffen v. Sodensterns und auch Mahrauns, so daß sich der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ veranlaßt sah, die Klage gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens einzureichen.

Wie wir hören, wird die Klage schon in nächster Zeit die Berliner Gerichte auf längere Zeit beschäftigen, da Herr v. Sodenstern ebenso wie auch der Beklagte ausführlich auf den Inhalt der Denkschrift eingehen wollen. Als Zeugen sind bekannte Persönlichkeiten des politischen Lebens geladen worden, so u. a. Staatssekretär Reihner, Ministerialdirektor Wegge, Vizepolizeipräsident Friedensburg, Philipp Scheidemann und andere. Die Verhandlung dürfte voraussichtlich eine Woche in Anspruch nehmen.

Der Stand der Erwerbslosenfürsorge.

Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger.

Der Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hat auch in der ersten Augusthälfte angehalten. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 328 000 am 1. August auf 1 287 000 am 15. August 1926 zurückgegangen. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 324 000 auf 317 000. Die Gesamtzahl von 1 652 000 auf 1 604 000. Der Gesamtrückgang beträgt rund 48 000 = 2,9 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige) ist von 1 645 000 auf 1 594 000 gesunken.

Kommunistischer Schwindel.

Vom Vorstand des ADGB wird uns geschrieben: Auf Grund der kommunistischen Schwindelnachricht, daß der ADGB den englischen Gewerkschaften das gewährte Darlehen nur gegen den hohen Zinsfuß von 11 Proz. gegeben hätte, gehen uns fortgesetzt aus dem In- und Ausland Anfragen zu, die hierüber Auskunft wünschen. Wir teilen deshalb zur Beruhigung öffentlich mit, daß der zwischen dem ADGB in Amsterdam und dem Generalrat der britischen Gewerkschaften vereinbarte Zinsfuß 4 1/2 Proz. beträgt. Es dürfte hinreichend bekannt sein, daß der in Deutschland übliche Zinsfuß wesentlich höher ist, so daß also unsere Verbände, die das Darlehen an die Engländer gegeben haben, keine „Wucherzinsen“ dafür nehmen, sondern im Gegenteil einen erheblichen Zinsverlust erleiden.

National-kulturelle Selbstverwaltung.

Einmütiger Beschluß in Genf.

Genf, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Minderheitenkongreß nahm am Donnerstag zunächst einen Vortrag des Abg. Dr. Hasselblatt, des Verfassers des estländischen Gesetzes über die kulturelle Selbstverwaltung der Minderheitsvölker entgegen. Darauf referierte Dr. Robinson-Vitauen sehr eingehend und überzeugend über die kulturelle Autonomie und die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung. Danach kann die Autonomie nicht als gefährlicher Staat im Staat angesehen werden, sondern sie stellt eine einfache Übertragung staatlicher Aufgaben an die Organisation der Minderheiten dar. Die Hauptmerkmale der kulturellen Selbstverwaltung sollen sein: öffentlich-rechtliche Institution auf demokratischer Grundlage mit Steuerhoheit und Gesetzgebungsbefugnis. Dr. Kaczmarek (Pole aus Deutschland) brachte dagegen noch einige Bedenken vor, wie, daß die kulturelle

Freiheit der Minderheiten sich nicht gegen die Souveränität des Siedlungsstaates wenden dürfe. Er erklärte aber zum Schluß, der von der Kommission nach hartnäckigen Auseinandersetzungen vorbereiteten Resolution zuzustimmen.

Diese dann einstimmig angenommene Entschlie- gung erinnert an die vorjährige Resolution, nach der jede nationale Volksgruppe berechtigt sein soll, in eigenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und in loyaler Zusammenarbeit mit der Volksmehrheit ihr Volkstum zu pflegen und zu entwickeln und betont dann ausdrücklich: 1. daß die Einführung der national-kulturellen Selbstverwaltung vom Einverständnis der Minderheiten bedingt sein, 2. daß die Bekanntheit der einzelnen zu einer Nationalität unter strafrechtlichem Schutz stehen muß und im staatlichen Leben mit keinerlei Nachteilen verbunden sein darf und 3. daß der Staat und die national-kulturellen Selbstverwaltungen die Kosten der letzteren im gleichen Verhältnis zu tragen haben wie zum Kulturleben des Mehrheitsvolkes.

Genf, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Nachmittag beriet der Minderheitenkongreß nach Vorträgen von Dr. Gündisch (Deutsch-Ungarn) und preuß. Landtagsabg. Baczewski (Pole in Deutschland) die Frage der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der Minderheiten und nahm dazu einstimmig eine lange Entschlie- gung an, welche fordert, daß die Angehörigen der Minderheiten nicht benachteiligt werden, z. B. bei Arbeitsergebnissen, bei der Anstellung von Arbeitskräften, der Festsetzung der Arbeitszeit usw. In der Diskussion wurde unterstrichen, daß die staatliche Souveränität nicht das Recht in sich schließt, ungerecht zu sein.

Pilsudski wechselt Minister.

Weil sie unerlöste Militärausgaben nicht decken wollen.

Warschau, 26. August. (WZB.) „Gazeta Poranna Warszawska“ („Warschauer Morgenzeitung“) verzeichnet das Gerücht von der Möglichkeit eines Rücktritts des Ministerpräsidenten Bartel und des Finanzministers Klarner und die zeitweilige Übernahme des Ministerpräsidentens durch den Landwirtschaftsminister Kaczynski. Finanzminister Klarner ist nämlich seit längerer Zeit Gegenstand von Angriffen der Pilsudskinahe- stehenden Presse, die zum Teil außerordentlich entschieden die Demission Klarners fordert. Nun aber soll der Ministerpräsident entschlossen sein, Dr. Klarner auf jeden Fall zu halten, da er ebenso wie der Finanzminister ein Gegner allzu hoher Ausgaben für militärische Zwecke sei, wodurch er sich den Unwillen der Umgebung Warschalls Pilsudskis zugezogen habe. „Kurjer Poranny“ („Morgenkurier“) glaubt übrigens nach Er- kundigungen an zuständiger Stelle feststellen zu können, daß die Gerüchte über eine Demission der beiden Minister unzutreffend sind.

Das Pilsudski-Organ „Glos Prawdy“ (Stimme der Wahrheit) macht Klarner für die Kreditverteilung an die Kooptrolna-Handels- gesellschaft verantwortlich, die, nachdem sie im vorigen Jahre den Staat durch saule Geschäfte um 20 Millionen Zloty (10 Millionen RM.) geschädigt hat, jetzt wieder auf Veranlassung Klarners einen staatlichen Kredit von 40 Millionen Zloty erhalten habe.

Bojczchowski kehrt zurück.

Warschau, 26. August. (WZB.) Der frühere Staatspräsident Bojczchowski wird die Stelle des Direktors des Krakauer Lehr- institutes für Genossenschaftswesen übernehmen, das in diesem Herbst nach Warschau verlegt werden wird.

Das Polizei-Panama.

Warschau, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Glos Prawdy“ befaßt sich mit den Vergehen einzelner Polizeikommissare, die beschuldigt werden, enge Beziehungen zu Dieben und Räubern zu unterhalten. Unter dem Vorgeben, Geldfässer im Zustande zu beobachten, was häufige Reisen erfordere, habe ein Kommissar Kotain und Wolutajsmuggel betrieben und sich große Reichtümer angeeignet. Ein anderer Kommissar sei aus der Dzhirana-Zeit bekannt, habe sich durch Verfolgungen der B.P.S. hervorgetan, und besitze heute eine einflußreiche Stellung, die er zu Erpressungen ausnütze. „Glos Prawdy“ erklärt, die gebrandmarkten Polizeikommissare hätten versucht, einen Druck auf das Blatt auszuüben, damit weitere Veröffentlichungen unter- blieben. Man habe sogar versucht, Bestechungen anzubieten und sei vor Drohungen nicht zurückgeschreckt. Die Redaktion werde ihren Kampf jedoch weiterführen, bis sich der Staatsanwalt der Angelegenheit annehme.

Der Verfasser der Artikelserie hat sich unter dem Schutz der Gendarmerie gestellt, da ihm die Angegriffenen mit dem Tode bedroht haben.

Die Karpathorussische Frage.

Hochverratsverfahren gegen Ukrainer.

Prag, 26. August. (WZB.) In den letzten Tagen wurden einige ukrainische Lehrer und Geistliche verhaftet, weil sie angeblich die Postrennung Karpathoruhlands von der Tschechoslowakei betrieben haben. Die ukrainische Separations- bewegung soll größeren Umfang besitzen, als man bisher glaubte. Damit wird das ganze karpathorussische Problem wieder aufgerollt. Karpathoruhland, der östlichste Teil der Tschechoslowakei, wurde, schloß sich 1919 freiwillig an die Tschechoslowakei an, allerdings unter der Bedingung, daß dem zum größten Teil von Ukrainern bewohnten Lande die volle Autonomie gegeben würde. Die Prager Regierung hat den Ukrainern nicht nur die Autonomie vorenthalten, sondern regiert das Land wie eine Kolonie. Es gibt dort z. B. bis heute keine Geschworenengerichte. Das Problem ist um so heikler, als Sowjetrußland das Selbstbestimmungsrecht der Karpathorussen reklamiert und sich weigert, die Ostgrenze der Tschechoslowakei anzuerkennen. Diese Weigerung und die sowjetrussische Propaganda sind wiederum einer der Gründe der Nichtanerkennung der Sowjetregierung durch die Tschechoslowakei. Es verlautet, daß die Regierung gegen die ukrainischen Separatisten schärfste Maßnahmen ergreifen wird.

Pangalos auf Kreta.

Befreiungsplan durchkreuzt.

Athen, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Donnerstag wurde der gestürzte Diktator Pangalos auf die Insel Kreta geschickt, nachdem den neuen Machthabern bekannt geworden war, daß er unter Führung des früheren Marine- kommandanten Kollalegis befreit werden und durch Flugzeug ins Ausland gebracht werden sollte. Dieser Marinekommandant ist verhaftet worden.

Regierung gebildet. — Neuwahlen Ende Oktober.

Athen, 26. August. (Agence Athènes.) In einer unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Sitzung aller politischen Parteiführer zeigte diese bei den Erörterungen über die Bildung des Kabinetts einen entgegenkommenden Geist und patrioti-

sche Gefühle, die gute Aussichten für die Zukunft des Landes eröffnen. Die Besprechungen führten zu dem Beschluß, das Kabinett aus Zivilisten unter dem Vorsitz Kondylis, des Führers der nationaldemokratischen Partei, zu bilden. Diese Lösung wurde als das beste Mittel angenommen, die Parlamentswahlen zu be- schieunigen, die nun am Ende Oktober festgesetzt wurden. General Kondylis hat ein Kabinett gebildet, in welchem er das Kriegs- und das Marineministerium übernimmt. Weitere Minister sind: Pericles Argropoulos für Auswärtiges, Petmezas für Inneres, Papas für Öffentlichen Unterricht und Drossopulos für Finanzen.

Der Galgen von Angora.

Wieder vier Todesurteile.

Konstantinopel, 26. August. (WZB.) Im Hochverrats- prozess zu Angora wurden Dschavid Ben, Nazim Bey, Kall Bey und Hilmi Bey zum Tode verurteilt. Ihre Hinrichtung wird in einer Woche erfolgen. Gegen Beschik Bey wurde auf lebenslängliches Gefängnis erkannt. Sämtliche Geld- mittel der jungtürkischen Partei werden beschlagnahmt.

Wir haben erst vor wenigen Tagen ausführlich über die Anklage unterrichtet, die jetzt zu diesem grauenhaften Urteil geführt hat. Für jahrelang zurückliegende Taten, die übrigens höchstens verächtlich, aber niemals gelungener Umsturz gewesen sind! Man hat ja den wehrlosen Angeklagten sogar die Hineinziehung der Türkei in den Weltkrieg schwer angerechnet. Es muß nicht gut stehen mit der inneren Festigkeit des jetzigen Regimes, wenn es solche Schreckensurteile braucht!

Ermordung eines Sowjetführers.

In Kaukasien.

Moskau, 26. August. (WZB.) In dem kaukasischen Kurort Kiflowod ist das Mitglied der Zentralkomitee (Regierung) der Tschekoslowakei Tokow durch Revolvergeschüsse getötet worden. Die kurze amtliche Mitteilung nennt die Tat einen verräterischen Mord, ohne weitere Mitteilungen hinzuzufügen. Der bzw. die Mörder sind entkommen.

Die Bauern werden aktiv.

Moskau, 26. August. (WZB.) In dem ganzen westrussischen Gouvernement Bslow ist eine Art von Bauernkrieg gegen die Sowjetförster ausgebrochen. Es handelt sich dabei um die verstaatlichten Wälder, deren Ausbeutung die Bauern für ihr gutes Recht erklären. Die Förster sind dem sehr aktiv vorgehenden Bauernhaufen gegenüber fast wehrlos. Das Gouverne- mentssekretariat hat eine Reihe von strengen Vorschriften zum Schutze der Wälder erlassen, doch ist bisher über die praktische Durch- führung dieser Paragraphen noch nichts bekannt geworden.

Zwei Partizentralen ausgeschlossen. — Rede- und Schreibverbot.

Moskau, 26. August. (WZB.) Das zentrale Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei hat den Ausschluß der Partei- zentralen in Kasan und Woronesch beschlossen, weil sie sich geweigert haben, Stalins Aufforderung, die oppositionellen Elemente der lokalen Parteileitungen auszuschließen, Folge zu leisten. Ferner ist es Trozki, Sinowjew und den übrigen Oppositionsführern untersagt worden, Reden in öffentlichen Versammlungen zu halten sowie Aufsätze in der Sowjetpresse zu veröffentlichen.

Schießerlaß gegen Alkoholschmuggler.

Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten.

Washington, 26. August. (WZB.) Die neu eingesetzten 40 Pro- hibition-Agenten, die die Aufgabe haben, einlaufsene Schiffe nach Alkohol zu durchsuchen, sind angewiesen worden, Alkoholschmuggler bei Widerseßlichkeit zu erschließen (shoot to kill). Diese Ver- schiebung richtet sich nicht gegen Passagiere, die eine oder zwei Flaschen durchzuschmuggeln versuchen, sondern gegen die Bootsbesah- ungen, die geschmuggelten Alkohol an Land bringen. Die Prohi- bition-Agenten sind ermächtigt, die Besatzungen zu erschließen, falls sie ihrer Aufforderung, halt zu machen, nicht sofort Folge leisten oder sich der Durchsuchung der Boote widersetzen.

60 Bergarbeiter verschüttet.

In einem amerikanischen Bergwerk.

Indiana (Pennsylvanien), 26. August. (WZB.) In einem der Bituminions Coal Company in Elghem gehörenden Bergwerk bei Clearfield sind 60 Bergarbeiter infolge einer Ex- plosion verschüttet worden.

Ist Rasse Schicksal?

Lauscht der Stimme des Blutes!

Im Verlag J. F. Lehmann, München, ist eine neue Schrift er- schienen. Sie heißt: „Ist Rasse Schicksal?“ Geschrieben hat sie Hanno Konopacki-Konopacki. Hugo Kerkule v. Stra- donih besingt sie in der „Deutschen Zeitung“:

In den Tagen Hester Rot ist jeder echte Deutsche erfüllt von der suchenden Sehnsucht nach der Idee, an der sich aus dem Chaos heraus die rettende Erlösung bilden könnte.

Hier ist der Wegweiser, hier ist überzeugend und klar formu- liert, was an Gedanken, Betrachtungen, Beobachtungen und Er- gebnissen jeden ernst denkenden germanischen Menschen bedrängt. ... Ein dritter Abschnitt endlich befaßt sich mit der germanischen Weltanschauung und weist den Weg, uns aus verfallhornem Kulturgemengsel zu den unterdrückten und vernachlässigten Quellen germanischen Wesens zurückzufinden, um endlich wieder zu lernen, der angeborenen Stimme des Blutes zu lauschen und in ihr den Funken des Ewigen zu fühlen. Gehet hin! Lest, lernt und seht — so wird aus der forschenden Frage die mahnende Antwort: Rasse ist Schicksal!

Ist ein Zweifel daran erlaubt, daß die Herren Konopacki-Kono- packi und Kerkule von Stradonih wirklich schon der Stimme ihres Blutes gelauscht haben? Wägen sie es tun! Die Stimme wird ihnen etwas dumpf und alkoholisch belegt die Rätselworte künden: „Nje honorowo, ale zdrowo!“ Das ist nämlich polnisch und heißt auf deutsch: „Nicht ehrenhaft, aber gesund!“ Es ist der Wahlspruch der polnischen bauernauspündernden Schlägta, in der die Abherrscher der Konopackis und Stradonihis doch unzweifelhaft zu suchen sind.

Gelb bleibt gelb.

Siemens-Schuckert und die „Vaterländischen“.

Die Firma Siemens-Schuckert hat es — wie wir in Nr. 348 des „Vorwärts“ vom 27. Juli berichteten — erreicht, daß das Betriebsratsmitglied Diplomingenieur R. durch Beschluß des Gewerbegerichts seines Amtes entsetzt wurde, weil er als Diskussionsredner in einer Versammlung des Vaterländischen Angestelltenvereins eine Äußerung getan hat, welche die Firma und auch das Gericht — unserer Meinung nach irrtümlich — als Beleidigung der Firma aufgefaßt hat. — In der schriftlichen Begründung dieses Gerichtsbeschlusses wird mit Bezug auf die Zeugenaussagen gesagt: „Inmerhin ergab sich aus den Aussagen so viel: die Versammlung war eine Art Propagandaversammlung des

Vaterländischen Angestelltenvereins der Siemenswerke, der offenbar von der Antragstellerin unterstützt wird.“

Damit ist gerichtlich festgestellt, was übrigens allgemein bekannt ist und von uns schon öfter durch Tatsachen dargetan wurde: jene gewerkschaftsfeindlichen Organisationen, die sich „vaterländisch“ nennen, machen sich in den Siemenswerken ganz besonders breit und finden durch die Firma die weitestgehende Berücksichtigung und Unterstützung ihrer Bestrebungen.

Aber daß dies in einem Gerichtsurteil schwarz auf weiß zu lesen steht, das ist der Firma Siemens-Schuckert doch etwas peinlich. Von ihrem Wohlwollen für die unter vaterländischer Flagge agierenden Gelben darf offiziell nichts verlauten. In dieser Hinsicht hält man es mit dem bekannten Wort: „Blamier' mich nicht, mein liebes Kind, und grüß' mich nicht unter den Linden...“

So ist es zu verstehen, daß die Firma Siemens-Schuckert die attennmäßige Bekundung, sie unterstütze offenbar den Vaterländischen Angestelltenverein, aus der Welt schaffen möchte. Sie beantragte also beim Gewerbegericht, den angeführten Satz in der Urteilsbegründung zu berichtigen, da er weder den Tatsachen noch den gerichtlichen Feststellungen entspreche.

Das Gericht (Kammer 7) beschloß: „Die Berichtigung der Gründe des Beschlusses vom 25. Juli wird abgelehnt, da der von der Antragstellerin angeführte Satz nicht zum Tatbestand, sondern zur Beweiswürdigung gehört.“

Hierzu wird sich wohl die Firma Siemens-Schuckert damit abfinden müssen, daß ihre Unterstützung des Vaterländischen Angestelltenvereins gerichtlich notorisch ist.

Die Einigungsverhandlungen der Beamtenverbände.

Am die Anerkennung der Weimarer Verfassung.

SPD. Der erweiterte Vorstand des „Deutschen Beamtenbundes“ hat am Donnerstag seine am Mittwochabend ergebnislos abgetroffenen Verhandlungen über das vom „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“ vorgelegte Mindestprogramm zur Einigung fortgesetzt. Dem „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“ wurde aber auch am Donnerstag ein positiver Bescheid über die Haltung des „Deutschen Beamtenbundes“ noch nicht übermittelt. Die vom ADB geforderte Anerkennung der Weimarer Verfassung scheint dem erweiterten Vorstand des „Deutschen Beamtenbundes“ sehr viel Kopfschmerzen zu machen.

Zur Lohn- und Gehaltsfrage im Einzelhandel.

Am Mittwochabend fand eine vom Verkehrsband und Zentralverband der Angestellten gemeinsam einberufene Betriebsversammlung der in den Warenhäusern von Jandorf und im Kaufhaus des Westens beschäftigten Handelsarbeiter und der kaufmännischen Angestellten statt. Dabei trat ein geradezu kanakdolöser Vorgang in Erscheinung. Auf der Straße vor dem Versammlungsort hatten sich Angestellte der Personalabteilungen und Detektive dieser Warenhäuser postiert, um den Personalrat zu bedrohen, daß sie der Versammlung fernbleiben sollen, andernfalls aber ihrer Firma denunziert werden, falls sie sich durch dieses Spielstück nicht abschrecken ließen, sich gegen den beachtlichsten Lohn- oder Gehaltsabzug zu wehren. Es mag dahingestellt bleiben ob diese Richtungsweisen aus eigenem niedrigen Antrieb handelten, um sich nach oben

hin eine bessere Nummer zu verschaffen, oder aber, ob sie sich gar im Auftrage ihrer Firmen zu diesem schmutzigen Handwerk gebrauchen ließen. Jedenfalls ist ein derartiges Verhalten so niederträchtig und verwerflich, daß jede Firma, die einigen Wert auf ihr Ansehen legt, es sich energisch verbitten müßte, von ihren überleitenden Dienststellen auf diese Weise in schweren Mißkredit gebracht zu werden. Einzelne der „Ausposten“ wurden dabei beobachtet, wie sie die Namen der zur Versammlung kommenden Angestellten notierten. Soll auf solche Art das Koali-

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche

19. September:

Vierteiljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung

tionensrecht der Warenhausangestellten beeinträchtigt werden, dann müßten die ganzen Berliner Gewerkschaften sich notgedrungen näher damit beschäftigen.

Die Versammlung war dennoch so gut besucht, daß der stellvertretende Personalrat vom AdB die Versammlung verlassen mußte, um Platz zu machen. Nach einer gehörigen Kritik der von der Firma Jandorf vorgenommenen Lohnkürzungen sowie der von ihr angefügten Kürzung der Gehälter gelangte eine Entschließung zur Annahme, die die Empörung der Versammelten gegen das rückwärtsgehende Vorgehen der Arbeitgeber im Einzelhandel zum Ausdruck bringt, und in den Lohn- und Gehaltskürzungen dieser Warenhäuser eine Ausnutzung der Arbeitslosigkeit erblickt, zumal nicht einmal die notwendigen Fristen dabei eingehalten wurden. Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit, sich durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen weitere Ausbeutung zu schützen. Die Arbeitnehmer der Jandorf-Betriebe beauftragten den AdB und den Verkehrsband in Verbindung mit dem Arbeiterrat Verhandlungen herbeizuführen, um die berechtigte Forderung auf Weiterzahlung der alten Lohn- und Gehaltsätze bei der Firmenleitung zu begründen. Die Versammlung erklärte sich einig darüber, daß der Kampf um angemessene Lohn- und Gehaltsätze mit allen geeigneten Mitteln geführt werden muß.

Einstellung von Arbeitskräften für Kanalbauten.

W.B. meldet: Wie das Reichsverkehrsministerium mittels, übersteigt die Zahl der von nichttechnischen Bureauhilfskräften eingereichten Gesuche um Einstellung bei den aus Anlaß der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms geplanten Kanal- und Talsperrenbauten bei weitem den Bedarf. Gesuche können daher kaum berücksichtigt werden.

Schluß der anglo-russischen Konferenz.

Ost-Expres berichtet: Die Verhandlungen des anglo-russischen Gewerkschaftskomitees in Berlin sind beendet. Sie bezogen sich hauptsächlich auf die Vorschläge der russischen Delegation für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter. Auch die zur Herstellung einer internationalen Solidarität aller Gewerkschaftsverbände erforderlichen Schritte wurden in den Rahmen der Beratung gezogen. Die Entschlüsse der Konferenz sind in Deklarationen der Delegation niedergelegt worden. Die Delegierten haben Berlin verlassen.

Nach einer III. Meldung sollen die englisch-russischen Gewerkschaftsverhandlungen Schwierigkeiten mit sich gebracht haben, die geeignet sein sollen, die Verhandlungen heute oder morgen zu einem erfolglosen Abschluß kommen zu lassen. Die Hauptschwierigkeit bestehe darin, daß die englischen Gewerkschaftsführer es unbedingt vermeiden wollen, das politische Moment in die Verhandlungen über die Streitfrage im englischen Bergbau hineinspielen zu lassen. Die russischen Gewerkschaften betrachteten jedoch die Unterstützung der Streikenden in England als eine politische Frage, der politische Konsequenzen nicht abzuspüren seien. Die Engländer sollen daran eine scharfe Kritik gelegt haben, insbesondere an die diktatorischen Maßnahmen der Profintern. Die englischen Gewerkschaftsführer hätten hierbei beabsichtigt, überhaupt die politische Stellung der russischen Gewerkschaften zur Diskussion zu stellen, was von den Russen abgelehnt worden sei.

Noch keine Einigung im Ruhrbergbau.

Ein Schiedspruch unvermeidlich.

Bodum, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Schlichtungsverhandlungen für die Lohnregelung im Ruhrbergbau sind auch am zweiten Verhandlungstage ergebnislos verlaufen. Sie werden am Freitag fortgesetzt und dürften voraussichtlich mit einem Lohnschiedspruch enden.

Abänderungen der Lohnordnung.

Essen, 26. August. (W.B.) Die am gestrigen Nachmittag unterbrochenen Schiedsgerichtsverhandlungen wurden heute fortgesetzt. Außerhalb der eigentlichen Lohnfrage wurden einige durch neue bergbaupolizeiliche Vorschriften bedingte Abänderungen der Lohnordnung durch Vereinbarung erledigt. Die Schiedsgerichtsverhandlungen über die eigentliche Lohnfrage sind noch nicht zum Abschluß gebracht worden. Die Fortsetzung erfolgt morgen nachmittag.

Der „Bolschischen Zeitung“ wird hierzu aus Essen gemeldet: Die Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau konnten auch heute vormittag durch den nunmehr tagenden Schlichtungsausschuß nicht erledigt werden. Es zeigt sich, daß hier der Tod des Staatskommisars Reichlich den Fortgang der Verhandlungen außerordentlich erschwert. Der neue Schlichter ist naturgemäß nicht in dieser Weise mit der Art und der Vorgehensweise der zur Diskussion stehenden Tarifverträge vertraut, daß er in der Lage ist, eine baldige Entscheidung zu treffen. Es bedarf einer gusgedehnteren Durcharbeit des umfangreichen Materials, als es in früheren Verhandlungen erforderlich gewesen ist.

Die Krise in der Tschechoslowakei.

Dazu wird uns aus Prag berichtet: Die Ausfuhr von Kohle geht von Jahr zu Jahr mehr zurück, und jedes Jahr müssen Tausende von Kohlenarbeitern entlassen werden. In der Metallindustrie gibt es kaum einen großen Betrieb im Lande, in dem nicht in letzter Zeit Massenentlassungen vorgenommen wurden. Katastrophal ist die Lage der Textilindustrie. Nach einer Statistik der Gewerkschaften in Ostböhmen, die 56 Textilbetriebe mit 15000 Arbeitern erfaßt, wurden 4000 entlassene Arbeiter festgestellt, während 4000 bis 5000 Arbeiter kurz arbeiten. Man dürfte nicht zuviel sagen, wenn man feststellt, daß ungefähr die Hälfte der gesamten tschechoslowakischen Textilbetriebe von der Wirtschaftskrise stark betroffen worden ist. So arbeiten z. B. die Baumwollfabriken Nordböhmens durchschnittlich nur drei Tage.

Eine Besserung der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu erwarten. Die Gewerkschaften werden von dieser Katastrophe insofern arg betroffen, da die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung große Anforderungen an die Finanzkraft der Organisationen stellen. Deshalb verlangen die Gewerkschaften Verringerung des bestehenden Gehaltes über die Arbeitslosenunterstützung. Gegenwärtig sind nämlich die Gewerkschaften die Träger der Unterstützung, während der Staat (Center System) nur einen Zuschuß an die Gewerkschaften zahlt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten K.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, 17. Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz: Jugendheim Sanderstr. 11, Eds. Bahndirektionsgeb. Anst. Fortsetzung des gewerkschaftlichen Fortzuges. — Wedding: Jugendheim Gröbnerstr. 10. Diskussionsabend: Wie verbringe ich meine Freizeit nutzbringend? — Oberbaumfelder: Jugendheim Rautenstr. 5. Diskussionsabend: Arbeiterkultur.

Jugendgruppe des AdB. Heute, Freitag, 17. Uhr, tagen folgende Abteilungen: Ost: Ost-Jugendheim Große Frankfurter Str. 16 (Zimmer 8). West: Was ist Politik? — Süd: Jugendheim Reichensberger Str. 66. Borussia: Alkohol und Nikotin. — Südwest: Jugendheim Belle-Alliance-Str. 71/3. Unsere Kampflieder. — Spandau: Jugendheim Lindenstr. Borussiaabend.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Curt Seger; Schriftföhrer: Heinz Eickmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Redaktion und Druck: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Gleditsch in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Streuzug: 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungsraum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Obst u. Gemüse

EGäpfel Pfund 0.05	Rettigbirnen Pfund 0.05
Sternreuten Pfund 0.12	Salander Pfund 0.15
Italienische Äpfel Pfund 0.18	Klapp Liebling . . . Pfund 0.15
Tomaten Originalkäse, ca. 15 1/2 Pfund netto 65 Pf.	
Weintrauben (blau Kurtrauben) 0.18 Originalkäse ca. 11 Pfund netto 1.90	
Pfirsiche Hellenische . . . Pfund 0.22	Möhren gewaschen, Pfund 0.04
Ananas ganze Früchte, Pfund 0.88	Schlangengurken Stck. 0.05 an
Zitronen Dupeud von 0.35 an	Schmorgurken . . . Pfund 0.05
Weißkohl Pfund 0.02	Junger Kohlrabi . . . Pfund 0.15
Rot- u. Wirsingkohl Pfund 0.04	Zwiebeln ungarische, Pfund 0.08
Weiße Kartoffeln 10 Pfund 0.28 blaue 0.38	

Kolonialwaren

Weiße Bohnen . . . Pfund 0.16	Tafelreis poliert . . . Pfund 0.25
Linsen gekochend . Pfund 0.18	Auszugmehl Pfund 0.26
Haferflocken . . . Pfund 0.24	Valencia-Reis . . . Pfund 0.32
Holländ. Kakao Marke „Kamphuy“ 35 Pf. 1/2 Pfund 70 Pf. in Blechdosen, 1/2 Pfund	
Konsum-Pralinen 1/2 Pfund 0.25	Dominosteine 1/2 Pfund 0.35

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei

Konsum-Mischung Pfund 2.40	
Haushalt-Misch. . . Pfund 2.60	Globus-Mischung Pfund 3.80
Sonder-Mischung Pfund 3.00	Residenz-Misch. . . Pfund 4.20
Olympia-Mischung Pfund 3.40	Elite-Mischung . . . Pfund 4.60
Spezial-Mischung mit 30% Bohnenkaffee, Pfund 0.76 mit 40% 1.20	

Konserven

Karotten gewürfelt . . . Dose 1/2 0.42	Gewürzgurken 3 Ltr.-D. 2.10
Erbsen junge 0.65 mittel- 0.85	Krabben . . . 1 Pfund-Dose 1.15
Ananas extra Qualität, ca. 8 Scherben 1.80	Sardinen norwegische in Tomaten, Dose 0.48
Gulasch 1/2 Dose 0.75 1.40	Oelsardinen Dose 0.30 0.48
Konfitüren, 2 Pfund-Elmer	
Asanas 145 Himbeeren, Kirsch 1.25	Johannisbeeren 1 M 1 Pfund-Elmer 75 Pf.

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pfund 85 Pf.	
Kalbsrücken Pfund 90 Pf.	
Kalbskeule ganz und geteilt Pfund 1 M	
Suppenfleisch Pfund 80 Pf.	
Schmorfleisch und Roastbeef mit Knochen Pfund 95 Pf.	
Schweinebauch u. Blatt Pfund 1.05	
Schweineschinken u. Kamm Pfund 1.15	
Rückenfett u. Liesen Pfund 1 M	
Käbler Rippspeer u. Kamm Pfund 1.30	
Gehacktes Pfund 75 Pf.	
Fettes Ochsenfleisch gefr., Pfund 55 Pf.	

Fische

Rotbars, Seelachs, Kabeljau 15 Pf.	
ganze Fische ohne Kopf Pfund	
Schellfische Pfund 18 Pf.	
Lachs gefroren, ganze Fische ohne Kopf . . . Pfund 1.45	
Lebende Aale Pfund von 1.10 an	
Lebende Edelkrebse Mandel von 95 an	

Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 0.35 0.45	Aale Bund 0.38 u. 0.48
Schellfische Pfund 0.32	Seeaal Pfund 0.60
Rotbars in Stücken, Pfund 0.35	Lachsheringe . . . Stück 0.10

Billige Einkochgläser ohne Ring

für 1/4	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
hohe Form 28 Pf.	30 Pf.	32 Pf.	34 Pf.	—	—
weite Form —	34 Pf.	38 Pf.	40 Pf.	42 Pf.	45 Pf.
Gummiringe eng 10 Stück 20 Pf., weit 40 Pf.					

Geflügel u. Wild

Jg. Gänse 1.15, 0.95 0.85	Suppenhühner holländ., Pfund von 1.25 an
Junge Tauben Stck. 0.75, 0.95	Hirschblätter . . . Pfund 0.85
Suppenhähne . . . Pfund 1.10	Reh- u. Hirschragout Pfund 0.35

Wurstwaren

Landlieberwurst . Pfund 1.15	Mettwurst Braunschweiger Art . . . Pfund 1.50
Rotwurst Pfund 1.15	Speck fett u. mager, Pfund 1.50
Gefüllte Schinken Pfund 1.40	Feine Leberwurst Pfund 1.70
Große Mettwurst Pfund 1.40	Bierwurst Pfund 1.70
Jagdwurst Pfund 1.50	Zerelat u. Salami Pfund 1.80
Schinkenwurst . . . Pfund 1.50	Schinkenspeck . . . Pfund 2.00
Fleischwurst Pfund 1.50	Nußschinken . . . Pfund 2.10
Blut-u. Leberwurst Pfund 0.72	Dampfwurst 1.20 Teewurst 1.60

Butter u. Käse

Naturbutter . . . 1/2 Pfund 0.82	Gouda dänischer . . . Pfund 0.75
Tafelbutter . . . Pfund 1.30	Camembert vollf., Schachtel 6 Portionen 0.78
Dänische Butter . Pfund 2.00	Holländer Pfund 0.85
Margarine Pfund 0.56	Steinbuscher vollf., Pfund 0.98
Limburger Pfund 0.52	Tilsiter vollfett . . . Pfund 1.08
Stangenkäse Allgäu, Pfund 0.64	Schweizer dänisch, Pfund 1.08

Wein

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas

Renetton-Apfelwein . . 0.50	1920 Rüdeshheimer Berg Spätlese pikant Rheingauer 2.00
1922 Enkircher Tisch- und Bowlenmoos 0.80	1919 Château Lagrange Douai France Bordeaux 1.80
1922 Berncasteler ansprechend 0.88	Tarragona Rot süß, vorzgl. 1.10
1922 Saarburger blumig Saar 1.15	Himbeersaft (einschließl. Glas) fein, 1/2 Pfund 0.80 1/4 Pfund 1.40
1922 Zeltinger gehaltvoll mild 1.30	Deutscher Weinbrand „Bio“ 2.90
1921 Oppenheimer lieblich mild 1.50	Feiner Fruchtwein Johannisbeerr-, Stachelbeer-, Kirsch- und Heidelbeerwein, Cyder 0.90
1921 Piesporter feine Moselart 1.75	
San Antonio mild, Rotwein 0.95	



Langsam aber sicher hat sich unsere Wohnungswirtschaft zu einer grotesken entwickelt. Natürlich verfehlen die Hausbesitzer nicht, darauf hinzuweisen, daß an dem ganzen Unglück nur die vermaledeite Zwangswirtschaft schuld sei, dieser niederträchtige „Hemmschuh jeder gesunden Entwicklung.“ In Wirklichkeit sieht die Sache freilich so aus, daß bei einer Beseitigung der letzten unbequemen Reste der Zwangswirtschaft eine wahre Anarchie auf dem Wohnungsmarkte ausbrechen würde. Noch sind ein Teil der Mieter wenigstens vor den wüsten Preistreibern geschützt; wie sich die Mietpreise gestalten würden, wenn hier alle Schranken fielen, zeigt die Tatsache, daß von den „freien“ Wohnungen ein großer Teil leer steht — nicht, weil niemand die schönen neuen 2-, 3-, 4-Zimmerwohnungen oder die großen Wohnungen in den alten Häusern brauchen könnte, sondern weil niemand sie bezahlen kann. Die Mieten der mittleren Neubauwohnungen liegen ungefähr 150 Proz. über den Friedensmieten, man vergleiche einmal das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, und man wird sich sehr leicht die Frage beantworten können, ob es möglich wäre, die Wohnungszwangswirtschaft noch weiter zu lockern! Denn ohne Zweifel würden sich dann auch die Mieten in den alten Häusern der oberen Grenze annähern, und mit der von den Hausbesitzervereinen dann prophezeigten „Beseitigung des Arbeitsmarktes und dem ganz selbstverständlichen Steigen der Löhne“ ist es doch wohl eine recht unsichere Sache. Inzwischen wächst die Wohnungsnot immer weiter, wir sind fast schon gewohnt, sie wie eine lästige alte Bekanntschaft anzusehen, die man eben nicht loswerden kann.

Die verbaute Villa.

Da hat sich in der letzten Zeit eine ehemalige Schauspielerin vergiftet. Der Fall war für die Sensationsblätter sehr interessant. Es war ja keine „gewöhnliche Schauspielerin“. Nein, diese Dame hatte sich „von der Bühne zurückgezogen“ und lebte nur noch für ihren Freund, einen pommerischen Rittergutsbesitzer, dem die Kollege der Landwirtschaft immerhin noch gestattet, seiner Freundin eine Villa in Dahlem zur Verfügung zu stellen. Hier hängt der Fall für uns an, interessant zu werden. Die Schauspielerin hatte nämlich außer der Villa in Dahlem auch noch eine große Wohnung in der Matthäikirchstraße, eine Wohnung, in der der alleinstehenden Dame eine ganze Flucht von Zimmern zur Verfügung stand. Das Wohnungsamt hatte nichts dagegen, und das war nur in Ordnung, denn die Wohnungen über 5 Zimmer sind frei! Dann aber noch die Villa in Dahlem? Die hatte der Herr Rittergutsbesitzer auf 10 Jahre gepachtet, bewohnt wurde die Villa von seiner Freundin, und die Vermieterin der Villa war eine Wilmersdorfer Dame. Die erklärte sich tulanterweise bereit, den Pacht-

kontrakt sofort aufzugeben, wenn ihr die Villa im gleichen Zustand wie vor der Vermietung zurückgegeben würde. Aber das war leider nicht möglich, denn die Mieterin hatte inzwischen die Villa ganz willkürlich verbaut, hatte diese Wände ziehen lassen, die Licht und Luft von der „Portierloge“ absperrten, hatte Türen vermauern und feste Wände durchbrechen lassen, kurz, hatte die Inneneinteilung der Villa so geändert, daß sie für andere Leute einfach unbenutzbar geworden war. Die Vermieterin in Wilmersdorf hatte diesmal eben Pech mit ihrer Mieterin. Wenn allerdings zwei oder drei Parteien „kleiner Leute“ an sie das Ansinnen gestellt hätten, ihnen den Einbau von zwei Küchen in der herrschaftlichen Villa zu gestatten, und damit einige Zwei- oder Drei-Zimmerwohnungen zu schaffen! Dann natürlich, dann hätte sie sich vorgefunden! Denn eine solche „Entwertung seines Besitzes“ kann man doch keinem Hausbesitzer zumuten! Und so wie sie, denken fast alle Hausbesitzer, in deren Häusern größere Wohnungen leerstehen. Lieber ein Weibchen leerstehen lassen, so lange dauert es schon nicht, denn das Angebot ist noch nicht gar so groß, und die Miete ist hoch genug, den Schaden bald wieder herein zu bringen! Und so stehen „herrschaftliche Wohnungen“ zu herrschaftlichen Preisen allenthalben zur Verfügung, während die kleinen Leute streng beaufsichtigt werden, daß sich ja niemand eine kleine Mogelei gegen das Wohnungsamt erlaubt, etwa seine Wohnlaube ein wenig besser ausbaut oder meint, daß Kinder ein Anrecht auf Licht, Luft und Raum haben!

„Tauschen Sie!“

Ein respektables Gebäude, an dem nur auffällt, daß die Stroßenfront im stumpfen Winkel einspringt. Schon im Treppenaufgang aber wird einem der Zweck der wertwürdigen Fassade klar. Diese Anlage ermöglichte, in das Vorderhaus einen Lichthof einzubauen, von dem auch die Treppenanlage Licht empfangen soll, denn er ist naturgemäß so eng, daß schon am hellen Tage auf seinem Grunde ewiges Dämmerlicht herrscht. Wie sehen die Wohnungen in diesem genialgedachten Gebäude aus? — „Erster Stock, Vorderhaus,“ das klingt ganz gut bürgerlich. Eine junge, saubere Frau öffnet. „Unsere Wohnung wollen Sie sehen.“ Von der Zeitung? — Bitte schön! — Zuerst ist man erstaunt, daß diese Wohnung auf der Liste der verrufenen Wohnungen stehen soll, so blühender sieht alles aus. Aber bald löst sich das Geheimnis. „Wir haben erst im Frühjahr alles neu gemacht, und sehen Sie sich bloß mal an, wie es schon wieder aussieht!“ klagt die junge Frau. Richtig! Hinter den Bildern sind große Schimmelflecken, die Möbel müssen wir im Winter immer von der Wand abrücken, sonst verschimmeln sie! Und nun fällt dem Besucher erst auf, daß das einzige Fenster des „Berliner“ Zimmers tief in eine Nische eingebettet ist. Selbst in dieser frühen Nachmittagsstunde kann man nur in unmittelbarer Nähe des Fensters nähen oder lesen — und draußen ist Sommertag! Die Küche ist etwas heller,

sie hat auch nicht unmittelbar vor dem Fenster die Brandmauer, von der einen Hälfte des Küchenfensters aus kann man sogar die herrliche Aussicht auf den langen, grauen Hof genießen! Die Krone der Wohnung aber ist die „gute Stube!“ — Wahrhaftig, so ehrgeizig ist dieser Proletarier, daß er bei seiner Verheiratung an so was gedacht hat! Er hat einen Bücherschrank, sogar gute Bücher, einen Schreibtisch... alles haben sich die jungen Leute angeschafft, als sie vor 4 Jahren heirateten... Nur kann man von all den Schätzen nichts sehen, denn der Raum ist fast finstern, mühsam tastet man an den Umrissen der Möbel vorbei. Das Zimmer geht auf den „Lichthof“. Neben dem Fenster dunstet es aus dem benachbarten — Kofett, denn auch die sämtlichen Kofettfenster des Vorderhauses münden auf den „Lichthof!“ — Vier Jahre haben die jungen Leute die Wohnung. Inzwischen haben sich zwei Kinder eingestellt. Schon muß eines, trotz der „Zweizimmerwohnung“ im Beit der Eltern schlafen... Gesundheitsamt und Baupolizei bezeichnen beide die Wohnung als gesundheits-schädlich. Das Wohnungsamt gibt nur eine andere Wohnung, wenn die Wohnung getauscht werden kann. Das ist natürlich unmöglich, und so bleibt trotz Gesundheitsgefährdung alles beim Alten!

Im Keller.

Portierwohnung, im Keller, zwei Meter unter der Erde. Von den Wänden fällt der Fuß, trotzdem im Mittelzimmer fürlich alles neu verschmiert wurde, damit es neidüftig bewohnbar ist. Diefen und Holzwerk sind verkauft, die Küche empfängt das Licht nur durch die Kellertür, die zweite „Stube“ ist unbewohnbar. Der Portier ist ein durch Krieg und Inflation geschädigter Kleinbürger, der in der Not diese Stelle annahm. Nun ist er durch die Wohnung auch noch um seinen letzten Besitz gekommen, denn seine Möbel gingen in der Raffe der Kellerwohnung zugrunde. Heute hängen die Kleider über einem aufgespannten Strich, bei jedem Regen läuft das Wasser in Fluten durch die Kellerfenster, denn die Dachrinne ist entzwei, dagegen helfen auch die Staudämme, die der alte Mann aus Zement um die Kellerluke herum baute, nichts. Er ist trummgezoogen von Rheumatismus. — Auch der Mann soll tauschen — — —!

Das sind ganz „normale“ Fälle unserer Wohnungsnot. Das größte Elend, das findet den Weg zu einer Organisation nicht mehr, von dem erfährt man nur, wenn irgend ein Menschenleben zugrunde ging.

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Gracia.

Sie begann damit, daß sie alles aufs Bett warf, und bis zur Zeit, da sie hinuntergeben mußte, um das Diner zu servieren, legte sie jedes Taschentuch, jedes Nichts, mit Unterbrechungen — mit Versuchungen nachzudenken — wieder zurück, veränderte die Zusammenstellungen, wie wenn nicht alles behalten werden sollte, als ob sie neue, noch nicht gekaufte Dinge hinzufügen müßte.

Und da spielte, nur ganz leise noch, ein geheimer Gedanke herein: sie packte ihren Koffer für die Abreise, vielleicht wechselte sie — man konnte das nicht wissen — eines Tages mit der Herrschaft... oder ihre Zeit war um, sie war nicht mehr Dienstmädchen... sie richtete den Koffer zur Reise her, wie das manche Leute tun, die Grund haben, nicht nur aus ihrem Hause, von ihrer Straße, sondern auch aus ihrer Stadt wegzugehen.

Die Dienstmädchen, die Armandine durch das Schlüsselloch betrachteten, sahen sie zwischen Bett und Koffer sitzen. Sie verharrte so lange Zeit, bewegungslos, einen Gegenstand in der Hand, mit stierem Blick —, daß jede Neugierige plötzlich wie vor einer Halluzination mit dem ängstlichen Drange flüchtete, Laute zu vernahmen, auf die Wirklichkeit zu stoßen, lebende Menschen zu sehen.

Als Sulette ihre Kammer wieder erreicht hatte, überließ noch das Entsetzen „vor dem Alten“ in plötzlichen Fieberschauern ihren Rücken. Sie konnte nicht anders, sie mußte ihren Koffer öffnen, ihre Wäsche und Kleider anders legen und befühlen. Nirgendwo sonst gab es eine Zuflucht, einen Schutz, eine Liebe. In den Augenblicken der Verzweiflung, wo man sich in die Arme einer Mutter, eines Bruders, Gatten werfen möchte, fand das Dienstmädchen den einzigen Trost in dem Auspacken ihrer Strümpfe und Taschentücher.

Dann brach Sulette plötzlich in Lachen aus: „Das ist doch zu dumm! Ich habe noch zwei Stunden vorm Diner, ich mache einen Abstecher nach dem Montmartre. Unter der Woche kann ich mich schließlich auch ganz allein hinwagen. Und der Teufel soll die Frau Coqueho holen!“

Diese letztere riet mit der Aufrichtigkeit einer Händlerin, die für ihre Ware fürchtet, den Dienstmädchen, ihren Schützlingen, dringend ab, sich bei derartigen Volksbefestigungen zu zeigen.

„Die weibliche Sittsamkeit und der Erfolg der Männer das hängt von der Art des Anprechens ab. Denn das Stiehn vor den Marktbanden und Ranegen gestattet den Männern eine außerordentlich leichte Annäherung. Der Schüchternste,

der nicht einmal riskieren würde, eine gewerbemäßige Schönheit auf der Straße anzusprechen, wird sich bei einem anständigen Mädchen unter dem Schutz einer Gauflerparade heranwagen. Um so günstiger ist die Gelegenheit für diese Schufte, die wie Automobilisten, Pferdehändler, Spieler bei Rennen aussehen und an Vergnügungsorten auf der Suche nach Beute im Unterrock sind. Und so ein anständiges Dienstmädchen, das einen dreisten Kerl, wenn sie im Quartier etwas zu besorgen hat, zurückstößt, wird diesen nämlichen frechen Kerl anhören und ihm vor der Arena antworten, wenn er ihr anvertraut, daß die vorgeblichen Ringkampfamateure gefaufte Leute seien, und daß man, um wirklich ringen zu sehen, in ein ganz bestimmtes Varietés gehen müßte...“

Sulette stürzte ihre sechs Etagen hinunter, über das dumme Geschwätz der Frau Coqueho sich lustig machend: man trägt eine jedenfalls nicht mit Gewalt mitten aus einem Fest fort!

Auf der Place Blanche angekommen erblickte sie das prunkvolle Schweinefarussel. Die Gaffer waren nur spärlich da.

„Sie können einmal umsonst reiten, hübsche Brünette,“ bot ihr einer der Aufseher an.

Er sah sie Sulette am Arm, und unmittelbar — von der Seite und schnell wie der Hecht im klaren Wasser — nabte ihr ein Herumlungerer, der seinen Müßiggang und Geldmangel allein durch die Art bekannte, wie er das erloschene Endchen seiner Zigarette bearbeitete.

Sulette machte sich nicht leicht los. Sie kam mit einer halben Stunde Vorsprung nach Hause, um ihr Diner zu servieren.

13.

In Abwesenheit der Herrschaft tief im Laufe des Tages jedes Dienstmädchen die Kameradinnen, eine nach der anderen, über die Dienertreppe in ihre Küche.

So war Sulette an einem Pfingsttag gekommen, um „bei Rosalie“ zum Fenster hinauszuschauen. Der wolkenlose Himmel, die weiche Temperatur verschönten Paris, die in gleichem Sonnenchein liegende Straße wimmelte von bunten Toiletten. Von den Etagen da oben hatte man die Empfindung, daß ein Jubel über die Freiheit in der Luft schwebte, man fühlte aus einem tändelnden Gange der Menschen das Wohlbehagen heraus, nichts zu tun zu haben, man stellte einen Ueberfluß an neuen Kleidern, Handschuhen, Spazierstöcken, brennenden Zigarren, an Blumen und seidnen Kravatten fest.

Rosalie beklagte sich bitter: Sie hatte fünfzehn Personen zum Diner. Gerade dann, wenn alle Welt sich erholte, sich amüsierte, nach ihrem Geschmack lebte, gerade an diesen Tagen, den Fest- und Sonntagen, hatten die Mädchen in um so strengerer Gefangenschaft die meiste Arbeit; man lud seine

Freunde zu Gastmählern ein, wobei das ganze Haus auf den Kopf gestellt ward, die Dienstmädchen wurden vor ihrem Ofen gebraten, oder man ordnete auch Großreinemachen an, sie erstickten im Schmutz. Arbeit zum Umkommen, und besonders dieser Schmerz, von der allgemeinen Glückseligkeit ausgeschlossen zu sein!

„Sieh nur, wir sind die einzigen Gefangenen! Das bringt mich am meisten in Wut, daß niemand auch nur an uns denkt! Nicht wahr, man ist kaum Mensch? Wir nicht! soviel ist sicher... Die Pferde bei Poin, die können sich wenigstens ausruhen... Was sind wir bloß, Sulette?“

„Ich will dir beim Gemüse helfen,“ sagte diese.

Sie sahen sich so, daß sie miteinander plaudern konnten, während die eine den Salat auslas, die andere die Radischen vorbereitete.

Aus Mangel an Besserem, boten sie sich gegenseitig die gewöhnliche Dienstmädchenunterhaltung. Jede erinnerte sich an einige Krankheiten bürgerlicher Hauswesen, Verkehrtheiten und Lächerlichkeiten. Sie verglichen ihre Dokumente, zergliederten sie. Wenn ein schwer zu erklärender Fall vorkam, dann wurden ihre säubernden Finger achtsamer, sie drängten die Knie aneinander. Kleine Schweißperlen standen auf Rosalies Stirn, während Sulettes Gesicht und besonders ihre von einem kaum wahrnehmbaren Flaum beschattete Oberlippe von der Hitze glänzte. Eine persönliche Ausdünstung vermischte sich dem Strauß der derben Worte, ihr Lachen verschmolz in eins.

In einem Moment fand Sulette eine neue Ablenkung: „Einmal hatte ich eine Stelle, da habe ich gar nicht die Schürze umgebunden. Ich komme an: im Dezember kein Feuer, alte Leute mit kräftigen, platten, gelblichen Gesichtern. Das Dienstmädchen war eben im Hospital gestorben. Niemand reklamierte ihre Leiche. Sie hatten so schon mehrere Dienstmädchen verloren. Herkunft, Name unbekannt! Sie machten kein Hehl daraus. Irgend jemand ist während meiner Einführung hingekommen; die Frau stobte mir mit ihrer Ruhe Schauer ein, als sie in meiner Gegenwart von den Verstorbenden sprach: „Ich begreife das gar nicht, ich beaufsichtige sie doch ziemlich streng! Sie treiben keine Torheiten bei mir, essen, schlafen nur genau soviel als nötig, als gerade unerlässlich, sie gehen niemals aus, reden nicht, lesen nicht... ich sehe nichts, höre nichts, was ihre Gedanken erregt... ich frage mich, wie sie wohl ihre Gesundheit schwächen können!“ Du vermagst gar nicht, dir die tonlose Stimme vorzustellen, Rosalie! Der Portier stieg mit mir auf den Boden — dort schlief man — und da erblühte ich, eine neben der anderen, zwei armselige lange Kisten, wie Särge, und die hatten den beiden Verschwundenen gehört... ich konnte es nicht... konnte es nicht... ich habe meinen Koffer wieder hinhunterschaffen lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Dem Vorkämpfer!

Zum Tode des Genossen Dr. Silberstein.

Am Freitag nachmittags wird Genosse Dr. R. Silberstein, Stadtrat und Stabsarzt im Krankenhaus, den letzten Gang antreten. Im Krematorium Baumgartenweg wird seine Urne eingemauert. Aber was er seit seinen Studienjahren für die Befreiung der arbeitenden Bevölkerung als Sozialist, als Arzt, als Schriftsteller und Sozialhygieniker geleistet, das wird seinen Tod überdauern. Wir geben hier eine ausführliche Würdigung seines Lebens und seines Werkes.

Jeder, der mit ihm gearbeitet hat, wird erschüttert die Nachricht von dem plötzlichen Ableben des Genossen Dr. Silberstein vernommen haben. Denn er war ein Mensch solcher Lebenskraft, solcher Kampflust, solchen Aufbaus und Besserungseifers und zugleich solch politischen Geschicks, daß man beherrschet wird von dem Gefühl, diese große Lücke, die der Tod hier in die Linie der Kämpfer um die öffentliche Gesundheit riß, wird sich sobald nicht füllen. Denn Silberstein besaß außer seinen für den Kampf und das Vorkämpferbrüten bestimmten Eigenschaften eine Menge anderer günstiger Vorbedingungen, wie sie sich in dieser Vereinigung selten finden: Er war Arzt, praktischer Arzt in Neukölln gewesen, und daher hatte er seine scharfe Beobachtung und den Blick dafür, was wirklich not tut für die Gesundheit der Massen oder was nur Quacksalberei sei. Er war ferner Sozialdemokrat, das heißt er kannte die wirtschaftliche und gesundheitliche Not der Massen, und daraus folgerte er, daß auch zum wirtschaftlichen Aufbau mit in erster Linie die Gesundung der Massen gehöre. Er war ferner Sozialhygieniker, das heißt er erkannte den Zusammenhang zwischen Krankheiten und sozialen Bedingungen. Und schließlich: er war Praktiker und baute aus seinen Erkenntnissen nicht Bücher, wenn er auch gelegentlich in der „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“ und in Zeitschriften etwas veröffentlichte, sondern Gebäude, Fürsorgestellen, Bäder, Krankenhäuser.

Er war Praktiker der ärztlichen Kunst, er war aber auch Praktiker der Verwaltung, und die Verbindung dieser vielen Eigenschaften gab ihm die überragende Stellung, die er weit über seinen Kreisläufer Bezirk hinaus im gesamten Berliner Gesundheitswesen hatte. Und daß er einer der ganz wenigen Sozialdemokraten war, die in der öffentlichen Gesundheitsfürsorge von der Tiefe herauf gedient hatten, verschaffte ihm die große Achtung auch bei den bürgerlichen Gesundheitspolitikern.

Vor der Revolution war er, neben seiner vollen Praxis, Stadtverordneter und unbezahlter Stadtrat in Neukölln, und, obwohl durch seine Parteizugehörigkeit in der Opposition, ist ihm, dem unermüdeten Anstachler, doch in erster Linie der Aufbau der Anstalten zu danken, durch die Neukölln den gewaltigen Vorrang vor allen anderen Berliner Gemeinden bekam. Daß das Neuköllner Krankenhaus, das auf dem Bukower Gebiet auf freier Ebene wie eine unmauernde Stadt einsam liegt, so weit hinausgehoben wurde aus dem Lärm und Dunst der Großstadt, war sein Verdienst.

An dem Plan für das prächtige Neuköllner Stadtbad arbeitete er mit dem Architekten zusammen, und es gelang ihm, auch noch das ursprünglich abgelehnte Frauenschwimmbad hereinzubekommen. Beim Ausbau der Säuglingsfürsorge und der Schulgesundheitspflege war er tätig, immer klug und bis dahin vorstehend, wo er noch eine Möglichkeit für den Erfolg sah. In der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung war er derjenige, der immer die den sozialhygienischen Aufgaben nicht sehr interessierte gegenüberstehende bürgerliche Mehrheit vorwärts trieb.

Daß dann nach der Revolution Silberstein besoldeter Stadtrat für das Gesundheitswesen wurde und nun, wo er eine sozialistische Mehrheit hinter sich wußte, ordentlich auszuweichen würde, war selbstverständlich. Aber es kam die Nachkriegs- und Inflationsmisere. Anstatt aufbauen zu können, mußte er seine ganze Kraft und Fähigkeit daran setzen, seine Schöpfungen vor dem Abbau zu retten, und manchmal packte ihn die Verzweiflung in diesem reinen Defensivkampf. Trotz alledem gelang es ihm noch, einen Bau bis zum letzten Stein, bis zum letzten Betonblock aufzurichten, desentwegen Werkzeuge und Läden aus aller Herren Länder nach Neukölln gereist kamen: das Neuköllner Säuglings- und Mütterheim. Das war sein besonderer Stolz und seine besondere Freude, Gäste durch diese von allen als vorbildliche Anstalt zu führen und an der Hand der Juffern des Säuglingsheims darauf hinzuweisen zu können, daß, um die Säuglingssterblichkeit auf ein Minimum herabzuschrauben, es nur eines entsprechend eingerichteten Heimes bedürfe.

Und ferner gelang es ihm, zu zeigen, daß man durch unermüdete Fürsorgearbeit auch die Sterblichkeit der Kinder draußen in der Familie, ja auch der am meisten gefährdeten unehelichen Säuglinge in einem rein proletarischen Bezirk herunterschieben könne. Die Statistik der Neuköllner Säuglingssterblichkeit, die am günstigsten von allen Berliner Bezirken abschnitt, erbrachte ihm mehr als jede menschliche Anerkennung.

Er war es, der dafür eintrat, daß die Kräfte aus ihrer doppelten Bindung, sowohl an die Praxis wie an die Fürsorge, herausgenommen würden und allein letzterer sich als hauptamtliche

Kräfte widmen. Er war es auch, dem, weil er so ernst und eifrig für sein Ziel kämpfte, alle unsachliche Arbeit zuwider war, und der deshalb, obwohl ihm jeder Ständedünkel ganz fern lag, dafür kämpfte: dem Arzte, was des Arztes ist! Denn alles, was mit der Gesundheit des Menschen zu tun hat, könne nur unter verantwortlicher ärztlicher Leitung gehen.

So ließ er nicht nach, abzuwehren, wo Angriffe erfolgten, immer neu zu erobern und vorzudringen, wo ein Zipfel Neuland sich zeigte, immer bereit zu neuen Versuchen und doch voll Verantwortungsgefühl für das Schicksal der ihm anvertrauten, zur Gesundung zu führenden Massen, so daß man ihn wirklich mit Stolz den unteren nennen kann.

Dr. Hans Kolwig.

Wien baut Junggesellenwohnungen. Und Berlin —?

Die Stadt Wien, die bekanntlich unter sozialdemokratischer Leitung steht, hat die Möglichkeit, den Alleinmietern, Junggesellen und alleinstehenden Frauen, eigene Wohnungen in kleinsten Ausmaßen zu bieten, eifrig studiert. Sie ist zu den Ergebnissen gekommen, die wir aus der Wiener „Arbeiterzeitung“ mitteilen:

Auf Grund dieser Studien ist man im Rathaus zu dem übereinstimmenden Urteil gekommen, daß es sich nicht empfiehlt, Junggesellenheime zu bauen. Zunächst einmal haben diese Heime den Nachteil, daß die Bewohner gewöhnlich sehr weit zur Arbeitsstätte haben. Es ist nicht möglich, in jedem Bezirk ein eigenes Junggesellenheim zu bauen, wie es zumindest notwendig wäre, wenn den Bewohnern der weite Weg zur Arbeitsstätte und damit Geldauslagen erspart werden sollen. Dann haben die Junggesellenheime aber den sehr großen Nachteil der Massenquartiere. Diesen Charakter kann ihnen auch die schönste Ausstattung nicht nehmen. Ausgesprochene Junggesellenheime werden stets auch etwas sehr Rührernes an sich haben. Die Bewohner fühlen sich in ihnen nicht heimlich, Gemeinschaftsfläche und Klubräume wirken bindend, die meisten alleinstehenden Personen fühlen sich durch sie nur gehemmt; sie wollen in jeder Beziehung frei und ungehindert sein. Die Gemeinde Wien trägt sich daher mit einer anderen Absicht, die den Wünschen und der Eigenart des alleinstehenden Menschen viel mehr entgegenkommt. Schon jetzt hat sie in ihren Gemeindefürsorgeeinzelwohnräumen für alleinstehende Personen geschaffen. Das war aber eigentlich etwas Zufälliges; kleine Räume, wie sie die Verbauung ergeben hat, wurden einfach dazu ausgenutzt, aus ihnen Junggesellenheime zu machen. Es hat sich aber gezeigt, daß die Nachfrage nach diesen Einzelwohnräumen ungeheuer groß ist; sie haben Anfang gefunden, und die Gemeinde will nun aus diesem Zufälligen etwas Gewolltes, etwas Beabsichtigtes machen. Im heurigen Bauprogramm geht es nicht. Die Pläne sind schon fertig und zum größten Teil werden sie auch schon durchgeführt. In dem Bauprogramm für das nächste Jahr will aber die Gemeinde die Bestimmungen hineinnehmen, daß zehn Prozent aller neu zu erbauenden Wohnungen sogenannte „Kleinstwohnungen“ sind, Wohnungen, die nur für alleinstehende Personen bestimmt sind. Es wird getrachtet werden, daß nicht nur zehn Prozent der gesamten Wohnungen solche Kleinstwohnungen sind, sondern daß womöglich in jedem einzelnen Bau zehn Prozent der Wohnungen Kleinstwohnungen sind. Diese Wohnungen werden aus einem Wohnraum, einem kleinen Vorraum und einem Klotz bestehen. Auch die Wasserleitung wird in der Wohnung sein. Im Vorraum wird ein Gasherd stehen, so daß sich der alleinstehende Mann oder die alleinstehende Frau auch kleine Mahlzeiten selbst kochen kann. Diese Wohnungen werden den Vorteil haben, daß es ihrer in jedem Bezirk eine größere Anzahl gibt. Die Mietzinsen werden niedrig sein, und der Bewohner wird sich nicht wie in einem Massenquartier fühlen. In Gemeinschaft mit Familien im selben Hause, wird er ein wirkliches Heim haben und dabei doch von niemandem abhängig sein. Für die Untermieter wird diese Aktion, die selbstverständlich regelmäßig fortgesetzt wird, eine große wirtschaftliche Erleichterung sein.

In Berlin geht es alleinstehenden Personen ähnlich wie in Wien. Auch hier verfallen sie oft der Ausbeutung durch gewerbmäßige Vermieterinnen, und Einzelzimmer und „Kleinstwohnungen“ sind fast gar nicht vorhanden. Der Wunsch, die Absichten der Wiener auch in Berlin verwirklicht zu sehen, ist daher berechtigt.

Ehescheidungen in Berlin.

Über Ehescheidungen, ihre Gründe, das Alter usw. und die sonstigen Personalien der Geschiedenen liegen erst bis zum Jahre 1923 genaue Zahlen vor. Insgesamt wurden in genanntem Jahre 6701 Ehen geschieden. Bei den Männern erreichten die Ehescheidungen vom 35. bis 40. Lebensjahre die höchsten Ziffern, nämlich 1490. Frauen im gleichen Alter waren dabei 493 beteiligt, 537 waren 30 bis 35 Jahre, eine war erst 20 Jahre alt. Die meisten der geschiedenen Frauen, nämlich 1123, standen im Alter von 25 bis 35 Jahren. Die Jahrgänge von 30 bis 45 Jahren, und zwar bei Mann und Frau weisen die meisten Scheidungen, nämlich 4101 Fälle auf. Aber auch zwischen 50 und 60 Jahren trennen sich noch 687 Eheleute, selbst 138 Männer über 60 Jahre glauben noch die Trennung vornehmen zu müssen. Von den in diesen Fällen geschiedenen Ehefrauen standen 7 erst im Alter von 25 bis 30 Jahren, 10 im Alter von 30 bis 40 Jahren, über 50 waren 99.

Betrachtet man die Ehescheidungen nach der Dauer der Ehe, so ergibt sich folgendes Bild: Die meisten Ehen, nämlich 1716 wurden

nach 5- bis 10jähriger Ehe, 1477 nach 10 bis 15 Jahren geschieden. In 60 Fällen trennten sich die Eheleute bereits im ersten Jahre der Ehe wieder. Andererseits hatten 336 bereits die silberne Hochzeit hinter sich, als sie zu der Erkenntnis kamen, daß sie sich trennen mußten. Was die Schuldfrage anbelangt, so wurden die Männer in 5428, die Frau in 3209 Fällen für schuldig erklärt. Hier sind vom Gericht bei vielen Scheidungen für den einzelnen Fall mehrere Scheidungsgründe herangezogen worden. Ehebriuch wurde beim Mann 3036, bei der Frau 1747 mal angenommen. Aus den statistischen Aufstellungen ergibt sich, daß die Frau (immer nach den Entscheidungen des Gerichts) Ehebriuch mehrheitlich in jüngeren Jahren beging als der Mann. In 4 Fällen war sie noch nicht 20, in 147 Fällen 20 bis 25 Jahre, in 394 Fällen 25 bis 30 Jahre alt. Die Zahlen beim Mann waren 6, 64 und 379. Erst nach dem 30. Lebensjahre fängt der „ehrebrechende“ Mann an zu überwiegen. Im Alter von über 50 Jahren sind es immer noch 286 Männer, und 59 Frauen, denen bei der Scheidung das Delikt: Schuldig des Ehebriuchs beigegeben wird. Wegen „Lebensnotstellung“ (Bedrohung) wurde der Mann in drei, die Frau in zwei Fällen geschieden. Bei „böswürdiger Verfassung“ ist die Frau mit 85 an erster Stelle, der Mann folgt mit 65, während wegen „schwerer Verletzung ehelicher Pflichten“ der Mann in 2307, die Frau in 1338 Fällen geschieden werden. Geisteskrankheit ist bei 17 Männern und bei 37 Frauen der Grund zur Scheidung. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Scheidungen noch viel zahlreicher wären, wenn die gesetzlichen Bestimmungen diese nicht vielfach hemmen würden. Die Zahl der „unglücklichen Ehen“ dürfte also noch weit größer sein, als die Statistik der Ehescheidungen erkennen läßt.

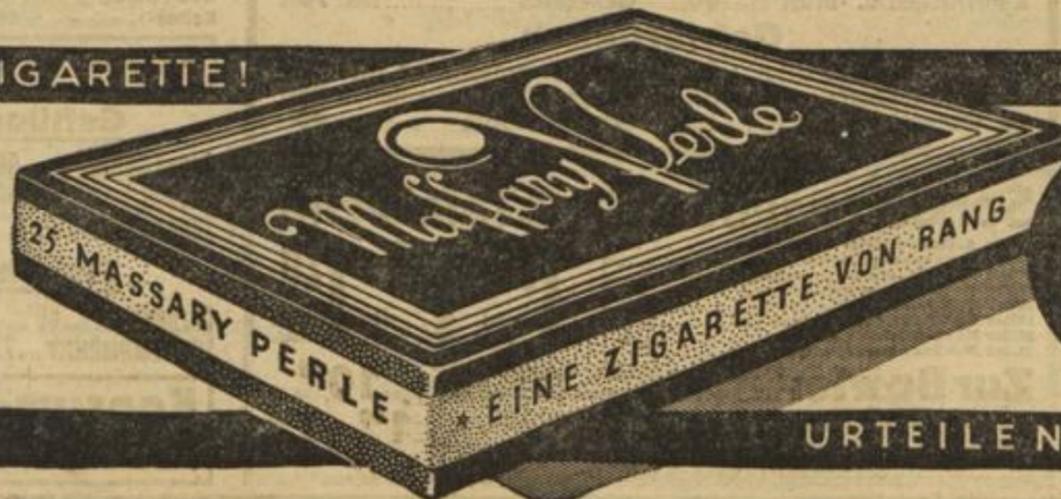
Berliner Berufsschulen. Die Gaus-Schule.

Das Deutschland vor dem Kriege hatte sich auf einigen Gebieten fast ein Monopol auf dem Weltmarkt erobert. Unsere chemische und optische Industrie, die Elektrotechnik und Feinmechanik standen unerreicht und die Ausfuhr dieser Industrien war von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Krieg hat uns auch hier einen großen Rückschlag gebracht. Das ist um so bedauerlicher, als wir mehr denn je auf Export angewiesen sind. Der Mangel an Rohstoffen zwingt die deutsche Industrie in großem Ausmaß dazu, sich auf die Veredelung eingeführter Rohmaterialien zu werfen. Die ehemaligen Feindesländer haben die lange Kriegszeit dazu ausgenutzt, sich von der Konkurrenz deutscher Fabrikate zu befreien. In Frankreich und England sind große und erfolgreiche Anstrengungen nach dieser Richtung hin gemacht worden. Vor allem aber ist es Amerika, das auf den oben erwähnten Gebieten große Fortschritte gemacht hat. Gut eingerichtete Schulen bilden Arbeiter, Techniker und Ingenieure in großer Zahl heran. Die dort im Ueberflusse vorhandenen Mittel gestatten die Einrichtung großer Laboratorien und Lehrwerkstätten mit allen notwendigen Lehrmitteln und Instrumenten. Hier wird die deutsche Industrie, aber auch Staat und Gemeinde, alle Kräfte anspannen müssen, um nicht noch weiter ins Hintertreffen zu kommen.

Eine solche Schule, die auf diesem Gebiete vorzügliches leistet, ist die Gaus-Schule, so genannt nach dem berühmten Mathematiker Gaus. Sie befindet sich in den vorderen Räumen des Markthallengebäudes in der Lindenstraße, Magistra und der „Schulvereine“, dem eine Anzahl der größten Firmen Berlin angehörend, sind die Träger dieser Lehranstalt. Während die Reuth-Schule und andere mehr für Maschinenbau vorbereiten, wird hier die Feinmechanik und Elektrotechnik bevorzugt. Die Schule hat Abend- und Tageskurse. Der Aufbau ist so, daß in die unteren Abteilungen Lehrlinge und Ausgelernte eintreten können. Für die Aufnahme ist erforderlichlich Volksschulreife, mindestens drei Jahre Berufspraxis und gute, durch gründlichen Vorbereitungsunterricht erweiterte Berufsbildung, die in derselben Schule in den Vorturken der Abendkurse erworben werden kann. Organisch gliedern sich die einzelnen Abteilungen derart aneinander, daß der junge Mann bei genügendem Fleiß und Strebsamkeit die notwendigen Kenntnisse sich erwerben kann, um es nach Abschluß der oberen Klassen bis zur Berechtigung der Ingenieurlaufbahn zu bringen. Voraussetzung ist allerdings, daß auch die nötigen Mittel vorhanden sind, um den ganzen Lehrgang durchlaufen zu können. Das ist nun leider bei den wenigsten der Anaben aus dem Arbeiterstande der Fall. Hier sollte noch mehr für Stipendien gesorgt werden, vor allem aber sollte es Aufgabe von Staat und der Gemeinde Berlin sein, helfend einzugreifen. Berlin hat ein großes Interesse an der Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses, denn hier ist die größte Zentrale für die Industrie der Optik und Feinmechanik. Bereits jetzt ist die Stadt in hervorragendem Maße an der Schule beteiligt. Von den 19 festangestellten Lehrern sind 14 von der Stadt, 5 vom Schulverein eingestellt.

An den theoretischen Unterricht, wie Mathematik, Physik usw. schließt sich elektrotechnische und mechanische Apparatekunde, Mess-, Fernmelde-, Hochfrequenztechnik, Werkstoff-, Werkzeug-, Fabrikationskunde, Betriebsführung usw. an. Selbstverständlich auch praktische Versuche in allen diesen Lehrgegenständen. Ausgesondert werden in der Gaus-Schule die Raffinerienfertigung, die Präzisionsmechanik und Optik, die Apparate- und Feinmechanik sowie die elektrische Fernmelde- und Fernschreibtechnik gepflegt. Unter den vorhandenen Lehrmitteln, für die vielfach die beteiligten Industrien sorgen, befinden sich sehr wertvolle Stücke neuester Konstruktion. Die Schule leidet aber an Raummangel. Das Laboratorium kann nicht im gewünschten Maße ausgebaut werden. Auch

DIE NEUE ZIGARETTE!



URTEILEN SIE SELBST!

Die Rationalisierung im Bergbau.

Zum Lohnkampf im Ruhrgebiet.

Wieder ist im Ruhrgebiet der Versuch der Bergarbeiter, höhere Löhne zu erreichen, zunächst von den Unternehmern zurückgewiesen worden. Schon wiederholt haben wir darlegen können, wie unbegründet diese Haltung der Unternehmer angesichts der Tatsache ist, daß die Leistung der Bergarbeiter in den letzten Monaten weit über die Vorkriegszeit hinaus bei einer verminderten Belegschaft und bei einer Arbeitszeit, die um eine halbe Stunde kürzer ist als diejenige vor dem Kriege. Daß ein derartiges Resultat überhaupt erreicht werden konnte, ist zum wesentlichen Teil der von den freien Gewerkschaften geführten Lohnpolitik zu verdanken. Noch während der Jahre 1919/20 führten die Gewerkschaften bittere Beschwerde darüber, daß die damals wesentlich niedrigere Leistung der Bergarbeiter erzwungen wurde mit einer Vernachlässigung der Zeichen, an der teilweise der Krieg schuld trug, zu einem guten Teil aber auch die Weigerung der Zeichenherren, die Betriebe den modernen Erfordernissen entsprechend auszubauen. Die Unternehmer suchten diesem Druck zu einer Verbesserung der Betriebe auszuweichen mit der Gegenforderung, daß die Arbeitszeit verlängert, die Löhne herabgesetzt werden sollten. Zeitweise hatten sie mit dieser Taktik sogar einigen Erfolg. Erst als sie sahen, daß die Gewerkschaften stark genug und entschlossen waren, sich dem Diktat der Unternehmer nicht kampflos zu beugen, setzte eine umfangreiche Rationalisierungstätigkeit ein, deren Erfolge kürzlich veröffentlicht wurden. So hat

Die Mechanisierung des Ruhrbergbaues

neuerdings ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Eine große Zahl von Kohlenengwinnungsmaschinen wurde eingesetzt. Die Unternehmer hätten diese sehr spät begonnene Rationalisierungsarbeit gewiß nicht vorgenommen, wenn sie damit hätten rechnen müssen, daß die Löhne auf Jahre hinaus niedrig bleiben würden. Den Umfang der Mechanisierung des Ruhrbergbaues gegenüber 1913 erkennt man an folgender Tabelle, die den Maschinenbestand sämtlicher Kohlenzechen im Ruhrbergbau einschließlich Ibbenbüren darstellt:

Maschinengattung	am		Steigerung 25 geg. 13 (vielfaches)
	31.12.13 in Betrieb	31.12.25	
Bohrhämmer	10.141	31.516	3,11
Drehbohrmaschinen	32	2.200	70,63
Abbauhämmer	189	35.666	188,71
a) davon leichtere bis etwa 6 Kilogramm Gewicht	29	21.249	732,72
b) davon schwere über etwa 6 Kilogramm Gewicht	160	14.417	90,11
Kohlschneider	—	516	—
Großschrämmaschinen	13	523	40,15
a) davon mittlere bis zu 1800 Kilogramm Gewicht	—	82	—
b) davon schwere über etwa 1800 Kilogramm Gewicht	13	440	33,85
Säulenschrämmaschinen	281	748	2,64
Schüttelrutschmotoren	1.672	6.195	3,71
Rutschenlänge (Kilometer)	104.842	861.954	8,25

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der Zeichenherren, bemerkte damals zu dieser Statistik:

„Man kann sagen, daß im Ruhrbergbau jetzt mehr Kohle auf dem mechanischen Wege als durch Handarbeit gewonnen wird. Nähere Ermittlungen haben ergeben, daß nach dem heutigen Stand der Dinge nur noch 49,6 Proz. der Förderung durch Hand- bzw. Schieferarbeit gewonnen wird, während 1913 nur 5 Proz. der Förderung auf mechanischem Wege bzw. durch Schieferarbeit geleistet wurde.“

Wenn nun der Ruhrbergbau darauf hinwies, daß die starke Vermehrung der Maschinen hohe Kosten verursacht und daß die Maschinen, besonders unter Tage, einem sehr starken Verschleiß unterliegen — wodurch die Neubeschaffungen immer wieder erforderlich werden —, so bejagt das für den wirtschaftlichen Erfolg dieser Rationalisierungsarbeit wenig. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß vor jeder neuen Maschinenbeschaffung eine genaue Kalkulation über den Nutzgrad und über den Ertrag gemacht wird, und die Rechnung hätte wahrscheinlich anders ausgesehen, wenn es dem Bergbau gelungen wäre, die Löhne noch mehr zu senken. Technischer Stillstand oder Rückschritt wäre dann die Folge gewesen, weil sich die menschliche Arbeitskraft eben billiger gestaltet hätte. Auch hier ist also der Beweis geliefert, daß

hohe Löhne und starke Gewerkschaften die Unternehmer dazu zwingen, vollkommene Produktionsmethoden anzuwenden.

Uebrigens war das nicht nur im Ruhrbergbau der Fall. In den Gruben Deutsch-Oberschlesiens ist eine weitgehende

Mechanisierung des Grubenbetriebs ebenfalls herbeigeführt worden, wie sich aus folgender Gegenüberstellung der dort im Betrieb befindlichen Steinkohleengwinnungsmaschinen ergibt:

Seilbahnen:	1914:	1925:
mit Prekluftantrieb	14	79
mit elektrischem Antrieb	18	93
Solomotiven:		
Benzol-Solomotiven	83	113
elektrische Solomotiven	29	89
Schüttelrutschmotoren:		
mit Prekluftantrieb	118	407
mit elektrischem Antrieb	—	41
Länge der Schüttelrutschen in Metern	1.550	23.288
Förderhülsen im Abbau:		
mit Prekluftantrieb	100	1.266
mit elektrischem Antrieb	37	186
Handbohrmaschinen:		
mit Druckluftantrieb	1.101	3.079
mit elektrischem Antrieb	76	471
Abbauhämmer	6	897
Schrämmaschinen	14	299
Druckventilatoren:		
mit Prekluftantrieb	20	242
mit elektrischem Antrieb	17	76
Pumpen in Vorrichtung und Abbau	92	317
Fördermaschinen:		
Anzahl	42	54
Leistungsfähigkeit in T. je Stunde	4.833	6.808
Aufstohvorrichtungen am Schacht	11	30

Hand in Hand mit der Mechanisierung, wie sich aus diesen Zahlen ergibt, ging außerdem in Oberschlesien noch eine wesentliche Betriebsverbesserung durch vermehrte Anwendung von Elektrizität bei der Kohlenförderung. Auch in Oberschlesien sind nach dieser Mechanisierung des Bergbaues die Förderergebnisse für Mann und Schicht weit über den Vorkriegsstand hinaus gestiegen.

Aber nicht nur diese Zahlen wird man im Auge behalten müssen, wenn man die technischen Fortschritte im Bergbau voll würdigen will. Sowohl an der Ruhr wie in Oberschlesien hat sich eine weitgehende

Angruppierung der Kohlenengwinnung

während der letzten Zeit vollzogen. Zechen, deren Abbau sich nicht mehr lohnte, wurden stillgelegt. Die wertvollen Maschinen, die noch Ende 1925 gezählt wurden, befinden sich also weit aus überwiegend in den ohnehin rentabler arbeitenden Anlagen. Dadurch wird der Ruhezustand der Rationalisierung noch erhöht.

Wer hat nun Vorteil von der Mechanisierung des Bergbaues gehabt?

Die Bergarbeiter haben jedenfalls daraus keinen, mindestens keinen wesentlichen Nutzen gezogen. Seit Ende 1924 sind die Gehaltsätze unverändert geblieben, teilweise sogar gekürzt worden. Einer Erhöhung des Lohnes der Schichtlohnempfänger steht eine starke Reduktion der Belegschaft gegenüber, wie sie erst durch die Mechanisierung ermöglicht wurde. Ueberhaupt hat die Belegschaft des Bergbaues durch den gewaltigen Personalabbau den Löwenanteil der Kosten der Rationalisierung tragen müssen. Aber auch die Verbraucher haben nichts von den Wirkungen der Rationalisierung zu spüren bekommen. Seit Oktober 1924 sind die Steinkohlenpreise des rheinisch-westfälischen Syndikats unverändert geblieben. Der Erfolg der Rationalisierung ist also bisher ausschließlich der Kapitalrente des Ruhrbergbaues zugute gekommen, was ja auch daraus hervorgeht, daß die Aktienkurse der Bergbauunternehmungen ganz bedeutend in die Höhe gestiegen sind.

Die Bergarbeiter und die Allgemeinheit waren es also, die dem Bergbau die umfassendere Rationalisierung ermöglicht haben, die auch die Kosten dafür trugen. Es ist dem Ruhrbergbau noch nicht vergessen, daß er sich für seine Leistungen im Ruhrkampf aus Mitteln der Steuerzahler hat glänzend „entschädigen“ lassen, daß er dann aber sofort mit der größten Rücksichtslosigkeit bemüht war, durch Lohnkürzung und Arbeitszeiterhöhung sich die Kosten von den Arbeitern noch einmal erstatten zu lassen.

Die bisherige Entwicklung des Ruhrbergbaues hat der Lohnpolitik der Gewerkschaften recht gegeben. Daß die Unternehmer nicht von vornherein einer Lohnherabsetzung zustimmen, ist man aus ähnlichen Verhandlungen einigermaßen gewohnt. Doch muß gerade deshalb mit allem Nachdruck betont werden, daß die Bergarbeiter einen begründeten Anspruch darauf haben, an dem steigenden Ertrag der Rationalisierung

teilzunehmen, nachdem sie es waren, die für die Vervollkommnung der Produktionsmethoden die schwersten Opfer haben bringen müssen. Bleibt selbst bei einer Industrie, deren Erfolge in der Rationalisierung so sichtbar werden wie im Ruhrbergbau, die volkswirtschaftlich wichtige Folge einer Stärkung der Massenkauflust aus, so kann sich auch der Absatz der Fabrikate nicht ausdehnen, zu deren Erzeugung Kohle gebraucht wird. Die Lohnpolitik der Bergbauunternehmer muß sich also schließlich gegen ihren eigenen Kohlenabbau richten.

Die Bergarbeiter haben demnach nicht nur ein soziales, sondern auch ein volkswirtschaftlich begründetes Anrecht darauf, daß die Löhne entsprechend den hohen Lebenshaltungskosten erhöht und dem gestiegenen Leistungsgrad angepaßt werden, den der Bergbau erreicht hat und den er nicht hätte erreichen können, wenn er nicht dabei die Mitwirkung der Arbeiterschaft gehabt hätte. Oder glaubt man, dieser Mitarbeit der Belegschaften jetzt nicht mehr zu bedürfen?

Zur Kalifrage.

Das Preis- und Absatzproblem.

Durch den Einspruch des Reichswirtschaftsministers wurde vorläufig die von den Interessenten beschlossene Erhöhung der Kalipreise unwirksam. Man kann nicht erwarten, daß die Kaliumunternehmer sich mit dieser Lösung zufriedengeben werden. Keuferte sich doch Kommerzienrat Hermann Gumpel gelegentlich der Generalversammlung seines Konzerns dahin, daß bei einer Ablehnung der beantragten Kalipreiserhöhung die Kaliindustrie nicht mehr in der Lage sei, der Landwirtschaft die bisherigen Rabatte und günstigen Zahlungsbedingungen weiterhin einzuräumen. Eine weitere Folge wäre die Stilllegung verschiedener zurzeit weniger wirtschaftlich arbeitender Kalimerte und die Entlassung zahlreicher Arbeiter und Angestellten. Hierfür würde dann der Reichswirtschaftsminister die Verantwortung zu übernehmen haben.

Man könnte nach diesem Wortlaut glauben, daß die Kaliwirtschaft nicht mehr bestehen könne, weil eben die Kalipreise an sich unzureichend seien. Wer jedoch die wandelbaren Verhältnisse in der Kaliwirtschaft kennt, der muß feststellen, daß die Preise von den unzureichenden Kalipreisen der wirtschaftlichen Grundlage entbehren. Nicht unzureichende Kalipreise haben die jetzige Krise der Kaliwirtschaft herbeigeführt, sondern ihre fallende betriebene Rationalisierung. Nach maßgebenden Schätzungen beträgt die Produktionsfähigkeit 25 bis 30 Millionen Doppelzentner Reinkali, die Absatzmenge, welche bisher kaum 12 Millionen Doppelzentner Reinkali überschreiten konnte, für 1926 voraussichtlich aber nur 10 Millionen Doppelzentner Reinkali. Demnach würden die Produktionsanlagen nur zu einem Drittel ausgenutzt. Betriebswirtschaftlich bedeutet das eine Ertragsminderung, die die Rentabilität ernstlich gefährdet und die Vorteile der Rationalisierung aufzuheben droht. Zum Ausgleich hierfür fordert das Kalisyndikat die Preiserhöhung, durch welche die unwirtschaftlichen Kosten für das in die Betriebe um zwei Drittel überzogene Produktionskapazität gesteckt Kapital aufgebracht werden sollen. Aber gerade diese Forderung ist betriebswirtschaftlich unbegründet und volkswirtschaftlich wie produktionspolitisch schädlich. Würden höhere Kalipreise bewilligt, so wäre eine empfindliche Belastung der Landwirtschaft und eine weitere Verengung des Kalialabzages unausbleiblich. Mit einer solchen Entwicklung würde der jetzige Zustand, monach die vorhandene Produktionsgröße nur zu einem Drittel beansprucht wird, während beinahe zwei Drittel vorläufig überflüssig sind, dahin beeinflusst, daß der ohnehin geringe aktive Teil der Produktionsgröße noch weiter sinkt, der leertausende, unterhaltungspflichtige Teil dagegen anwächst. Bei solcher Sachlage wären auf die Dauer weitere Preiserhöhungen zur Bekämpfung zunehmender unwirtschaftlicher Kapitalunterhaltungen, ebenso Kalistellung weiterer Werkeanlagen mit folgenden Arbeiter- und Angestelltenentlassungen unausbleiblich.

Man erkennt, daß die von Kommerzienrat Gumpel vorausgegangene Entwicklung nicht durch Beibehaltung des jetzigen Preiszustandes, vielmehr durch Preiserhöhungen entsteht würde. Sofern dann die angedeuteten Schäden entstünden, würde man dafür diejenigen Stellen, welche über die Preiserhöhung zu beklagen haben, ebenso verantwortlich machen, wie man seinerzeit das Kalisyndikat für die Quotenjagd vor dem Kriege verantwortlich machte. Wenn die verantwortlichen Stellen darum eine Kalipreiserhöhung ablehnen, so entspricht dieser Standpunkt einem gesunden wirtschaftlichen Empfinden. Nachdem eine Erzeugung von 15 bis 20 Millionen Doppelzentner Kali über die Nachfrage möglich ist, ist der Absatz, zwecks weitestmöglicher Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, zu steigern; hierzu wäre der Warenhausgrundbesitz „großer Umsatz, kleiner Nutzen“, den sich der Winterhalbkonzern doch früher zum Ziel gemacht hatte, und der auch Voraussetzung für die Produktionsausweitung ist, zu beobachten. Der genügende Kalibedarf ist in Nachfrage verwandelbar, indem man einen angemessenen Preis macht. Unterstützung fände diese Bestrebung in einer besonders günstigen Preisstellung für hochprozentiges Düngesalz (Chlorkalium). Eine besonders günstige Preisstellung für Chloralkalien hätte eine günstige Doppelwirkung für Konsumenten und Kaliindustrie: während nämlich die niedrigprozentigen Düngesalzmarten ein Ballastgewicht

Zur Einsegnung

Einsichtige und praktische Eltern

bevorzugen beim Kauf von Einsegnungstiefeln ein Fabrikat, bei dem der Hauptwert auf Qualität und Gediegenheit gelegt ist. Der gute Conrad Tack-Schuh ist ein solches Qualitätserzeugnis, wird er doch nur aus bestem Material auf Grund über 40-jähriger Erfahrungen angefertigt. — Jahr für Jahr schreiten viele junge Menschenkinder auf dem guten Conrad Tack-Schuh in das erste Leben hinaus! Keiner bereute es; jeder blieb ihm treu!



Für Mädchen:

Spangenschuhe, sehr gern gekaufter Artikel 7.90 **5.90**
Halbschuhe, zum Schnüren, mit echter Lackkappe 7.90 **7.50**

Zwei ganz besondere Schlager!

Lackspangenschuhe mit L.-XV.-Abs. 7.90
Modeszugpumpen, fein echt Chevreau 9.80

Für Knaben:

Sehr solider Schnürstiefel, gutes Rindbox, sehr haltbar, Gr. 39/40 8.90, Gr. 36/38 **7.90**
Halbschuhe für Knaben in echt Rindbox, Gr. 39/40 11.50, Gr. 36/38 **10.50**
Halbschuhe für Knaben, fein echt Boxkall, Gr. 39/40 12.90, Gr. 36/38 **11.90**
Lackhalbschuhe für Knaben, sehr vornehme Ausführung, Gr. 39/40 15.50, Gr. 36/38 **14.50**

120 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam:

- SW, Friedrichstr. 140/41
- W, Potsdamer Str. 50
- (an d. Kurfürstentor)
- W, Schillerstr. 10
- NW, Beusselstr. 89
- NW, Turmstr. 41
- NW, Wilschauer Str. 22
- N, Brunnenstr. 37
- N, Danziger Str. 1
- N, Friedrichstr. 130
- N, Mühlenstr. 3
- O, Andreastr. 30
- O, Frankfurter Allee 22
- SO, Oranienstr. 2a
- SO, Wrangelerstr. 49
- C, Spittelmarkt 15
- C, Rosenthaler Str. 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- Charl., Wilmersdorf, Str. 129/25
- Potsdam, Brandenburger Str. 54



von 60 bis 90 Proz. enthalten, kommt in Chloralkalium nur ein solches von 40 bis 50 Proz. vor. Wenn nun der Konsument durch eine besonders günstige Preisstellung für Chloralkalium veranlaßt würde, kämftig nur dieses zu bestellen, würde sich kein Kalibezug durch den an sich günstigeren Preis und die Fracht- und Transportkostenersparnis erheblich verbilligen. Aber nicht allein der Konsument würde durch die Absatzvermehrung begünstigt werden, sondern auch die Kaliumindustrie selbst. Wenn diese ihre Haupterzeugung nur noch auf Chloralkalium zu konzentrieren brauchte, hätte sie, durch die dann mögliche bessere Ausnutzung ihrer Fabrikanlagen, Vorteile. Die Nachteile, vor denen die Kaliumindustrie durch die übertriebene Rationalisierung jetzt steht, können sich erst dann in Vorteile wandeln, wenn der Verkauf und unumgängliche Stillstand in ihrem Produktionskörper durch einen Wollauf abgelöst wird.

Die Niedrighaltung der Preise spielt aber nicht allein für die in- und ausländischen landwirtschaftlichen Abnehmer, sondern auch für die Düngemittelhersteller eine für die Verwirklichung des Massenabfahes entscheidende Rolle. Die seit einiger Zeit zwischen dem deutschen Kaliumproduzenten und der A. O. Farbenindustrie schwelenden Verhandlungen wegen der künftigen Düngemittelherstellung beanspruchen das größte Interesse. Sie bleiben freilich vorerst ohne Erfolg. Sollte jedoch früher oder später eine Einigung über den künftigen herzustellenden Düngemittel zwischen dem Farbtrüß und der Kaliumindustrie zustande kommen, so würden sich daraus bedeutende Zukunftsmöglichkeiten für letztere ergeben. Schließlich liegt kein Grund vor, zu zweifeln, daß eine zweimäßige Bindung von Stickstoff und Kali möglich ist, worauf die Kombination Farbtrüß/Kaliumdüngemittel zustandekommen könnte, zumal bei einer solchen Verbindung bedeutende Summen allein durch die Vereinfachung der Propaganda gespart würden. Daß man sich in Kaliumkreisen auf diese Verbindung vorbereitet hat, ergibt sich schon aus der Erklärung der Winterspaltversammlung auf der letzten Hauptversammlung, wonach die der Generalsammlung und dem Aufsichtsrat zur Verwendung vorgehaltenen 17 Millionen Mark Kaliumindustrieaktien für den Erwerb von Beteiligungen, welche nicht auf dem Kaliumgebiet liegen sollen, bestimmt seien. Es ist nur zu wünschen, daß die deutsche Kaliumpolitik diese Richtung nimmt. Dann können die sonst in Frage gestellten Früchte der Rationalisierung niemals verloren gehen. E. Kessler, Stuttgart.

Eine Lücke im Wirtschaftsstrafrecht.

Was wird aus der Wucherverfolgung?

Staatsanwalt Schröder, Mainz schreibt uns: Wohl das bedeutendste Strafgesetz der Inflationzeit war die Notverordnung vom 13. Juli 1923, die die wirtschaftlichen Kontrollgesetze, darunter die berühmte Preistreibeverordnung, zusammenfaßte. Die Notverordnung hat gegenstandslos gewirkt, indem sie das konsumierende Publikum schützte, wenn sie auch manche Härten gegen die reelle Warenverteilung brachte.

Bereits 1924 waren die Wuchergerichte und die Zwangsbewirtschaftung von Getreide, Zucker, Kartoffeln, Bekens- und Futtermitteln, Milchzeugnissen und Arzneien aufgehoben und 1925 die von Fleisch wesentlich eingeschränkt worden. Am 19. Juli 1926 wurde fast der gesamte Rest, einschließlich der Preistreibeverordnung aufgehoben. Nur die restliche Aushebung der letzten genannten Verordnung bedarf der Kritik. Nicht etwa deshalb, weil die Bestimmungen über Preis- und Leistungswucher aufgehoben wurden! Die mit Eintritt der Selbstfestlegung einsetzende freie Konkurrenz und die vom konsumierenden Publikum übrigens nur ungenügend übernommene Selbstverantwortung hatten sie bald wieder erloschen. Nur ein Restbestand des Preistreiberechts ist — bis 1. Juli 1927 befristet — in § 49a des Gesetzes vom 30. Juni 1926 über Rieterschutz und Rietereinigungsmaßnahmen geregelt worden: Der „Wucher mit Räumen“. Die Notlage auf dem Wohnungsmarkt erheischte es, daß „unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse unangemessene Mietforderungen und deren Vermittlung“ mit Strafe bedroht werden. Die Beurteilung der „Angemessenheit“ ist jeweils dem richterlichen Ermessen überlassen.

Außer dieser einzigen Restverordnung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Ausbeutung sind heute nur noch die alten Wucherbestimmungen des Strafgesetzbuchs, der § 302a ff. (Geidwucher) und der § 302e Strafgesetzbuch (Sachwucher) in Geltung. Sie waren durch die an Umfang und Tragweite überlegene Preistreibeverordnung fast ganz aus der Rechtspraxis verdrängt worden. Ihr zu eng gefaßter Wortlaut, der lediglich die Ausbeutung der Notlage, des Reichstums oder der Unerschaffenheit eines anderen, also eines einzelnen individuell bestimmten Bürgers bestraft wissen will, ist für neuzeitlichen Wirtschaftsschutz nicht genügend, zumal der als Erlaß für Preis- und Leistungswucher in Frage kommende § 302e nur für gewöhnliche oder gewerbmäßige Täter Bestrafung vorsieht. Hierin trifft auch der neue Strafgesetzbuch (§§ 307—309) keine Änderung, wenn auch in Anlehnung an das österreichische Recht die Voraussetzungen der Strafbarkeit etwas erweitert sind. In einem modernen Wirtschaftsstaat genügt aber die Kontrolle des einzelnen vor Ausbeutung nicht, die Allgemeinheit bedarf zur Vorbeugung wirtschaftlicher Vergewaltigung mindestens des gleichen Schutzes. Dieser Schutz ist nicht etwa nur an besondere Notlagen, Kriegs- oder Nachkriegsverhältnisse gebunden, sondern allgemein und immer durch das Gesetz der Wirtschaftlichkeit des Zusammenlebens der Volksgenossen und der möglichen Herabsetzung ihrer Konsumkosten gerechtfertigt, solange ein staatspolitischer Zusammenschluß von Menschen besteht. In der Preistreibeverordnung befindet sich nun eine Bestimmung, die den verlangten Schutz der Allgemeinheit übernehmen hätte: § 8, das Verbot preistreibender, unlauterer Wuchergeschäfte. Diese Vorschrift bildet die notwendige Ergänzung der für die Zukunft vorgesehenen Wucherbestimmungen des Strafgesetzbuchs, welche deshalb die Unerschaffenheit tragen sollten: Wirtschaftliche Ausbeutung. Obwohl auch die angeführte Bestimmung, wie die ganze Verordnung, nur eine Uebergangsvorschrift darstellt, kann sie wirklich in das Strafgesetz aufgenommen werden, wie der Text zeigt:

Wegen preistreibender Wuchergeschäfte wird bestraft, wer vorsätzlich Warenvorräte unbrauchbar macht, verderben läßt, beschädigt oder vernichtet, in unlauterer Weise die Erzeugung von Waren oder den Handel mit Waren einschränkt oder andere unlautere Wuchergeschäfte vornimmt, obwohl er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß dadurch der Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs gesteigert oder hochgehalten werden kann.

Unsere Wirtschaft steht im Zeichen der Amerikanisierung; die notwendige Rationalisierung birgt mit ihrer Zusammenlegung von Betrieben die Gefahren der Verkrüppelung und des Preisdiktats kleiner Bevölkerungsgruppen in sich. Der Gesetzgeber muß dieser Entwicklung Rechnung tragen und einer etwaigen Fortsetzung des Konsumwarenmärktes durch Strafdrohung rechtzeitig vorbeugen. Käufenaufkäufe und absichtliche Zurückhaltung von derartigen Waren aus unlauteren Motiven zum Zweck der Preistreibung sind beispielsweise heute nicht strafbar, ein belauerlicher Mangel, der sich bereits in der Praxis unangenehm bemerkbar macht.

Der Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 25. August berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 18. August um 1,2 Proz. auf 128,9 gestiegen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer der Agrarverzeugnisse um 1,5 Proz. auf 130,5, die Indexziffer der Industriefstoffe um 0,6 Proz. auf 123,9 angezogen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lehrlingsfrage in den Schlossereien.

In der gutbesuchten Branchensammlung der Bau- und Metallarbeiter am Mittwoch im Verbandshaus der Metallarbeiter wurden hauptsächlich Lehrlingsfragen erörtert, da sie in der Branche ein besonders heißes Kapitel bilden.

Schon seit Jahren bemüht sich der Metallarbeiterverband zusammen mit dem Gesellenauschuss, für die Lehrlinge einen befristeten Urlaub tariflich oder durch ein bindendes Abkommen mit der Schlosserinnung festzusetzen. Als in diesem Jahre eine Anzahl von Firmen den Lehrlingen trotz mehrmaliger Bemühungen des Gesellenauschusses keinen Urlaub gab, wandte sich die Organisation an den Schlichtungsausschuss. Dieser fällt auch einen Schiedsspruch, den den Unternehmern auferlegt, bei den nächsten Monteltarifverhandlungen auch über die Urlaubsregelung der Lehrlinge zu verhandeln, was die Unternehmer bisher bei jeder Verhandlung abgelehnt hatten. Für dieses Jahr sollten die Unternehmer allen Lehrlingen einen bezahlten Urlaub von sechs Tagen gewähren.

Da die Unternehmer diesen Schiedsspruch ablehnten und ihn auch der angerufene Schlichter nicht für verbindlich erklärte, wurde noch einmal zwischen der Innung und dem Gesellenauschuss verhandelt. Nach längerem Verhandeln kam es doch zu einer Vereinbarung, den Lehrlingen einen sechstägigen bezahlten Urlaub zu gewähren. Dem Gesellenauschuss wurde versprochen, ein Protokoll über die Verhandlungen anzufertigen, was aber bis heute noch nicht geschehen ist. Anstatt dessen hat man den Unternehmern in der Innungszeitung die Anweisung gegeben, auf Grund der Vereinbarung den Lehrlingen sechs Tage Urlaub zu gewähren, von einer Bezahlung des Urlaubs ist aber nichts erwähnt.

Der Gesellenauschuss wird nun nochmals mit der Innung zu verhandeln suchen, damit dieser Entscheid ein Ende findet und die Innung ihren Mitgliedern die Vereinbarung über den Urlaub so bekannt gibt, wie sie wirklich getroffen ist.

Ganz im arden liegen die Verhältnisse in der Metallschloßindustrie. Dieses im Aussterben begriffene Gewerbe arbeitet fast ausschließlich mit Lehrlingen. Auf einen Gesellen kommen vier bis fünf Lehrlinge. Nach wenigen Monaten „Lehrzeit“ sind sie angelernt als Zusammensetzer und machen dann während der ganzen vier Lehrjahre nur diese schematische Arbeit. Sind die vier Jahre um, können sie als Arbeiter in die Fabrik gehen, denn als Schlosser nimmt sie keine Firma, weil sie von der Schlosserei nicht einmal die Grundbegriffe gelernt haben.

Von den wenigen Betrieben, die noch bestehen, ist die Firma Lubik, Schönhauser Allee, wohl die größte Lehrlingszuchtstätte, denn hier müssen die Lehrlinge wöchentlich bis 14 Ueberstunden leisten. Dieser Betrieb dürfte von der Gewerbeaufsichtsbekörde einmal näher in Augenschein genommen werden. Die geschilderten Mißstände müssen den Eltern, die ihre Söhne gern das Schlosserhandwerk erlernen lassen wollen, als Warnung dienen, ihre Kinder nicht in eine Metallschloßerei zu geben, wo sie nichts lernen und nur vier lange Jahre ein billiges Ausbeutungsobjekt des Unternehmers sind.

Jugendfürsorge in Oesterreich.

Ferienheime für die erwerbstätige Jugend.

Der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände (Berlin RW, 40, Rottkestr. 7), der seit einigen Jahren um einen ausreichenden Urlaub für erwerbstätige Jugendliche kämpft und für

die Schaffung guter Ferienheime für Jugendliche eintritt, hat kürzlich eine Abordnung nach Oesterreich entsandt, um dort die in der Welt bis jetzt einzigartige Lehrlingsfürsorgeaktion kennen zu lernen. Oesterreich hat dafür gesorgt, daß seine erholungsbedürftige Jugend zu ihrer Kräftigung einige Wochen Urlaub in schönen Heimen verbringen kann.

In Oesterreich wird durch gesetzliche Verordnung dem Jugendlichen vom Arbeitgeber ein ununterbrochener Urlaub von vier Wochen gewährt, wenn a) der Jugendliche auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses des Krankenkassen- oder des Schularztes aus Gesundheitsrücksichten dringend einer Erholung bedarf, b) ihm die Ausnahme in eine Erholungsstätte zugesichert ist, oder er den Urlaub nachweislich auf dem Lande verbringen kann und c) das Dienstverhältnis wenigstens sechs Monate dauert. Der beurlaubte Jugendliche behält während des Urlaubs den Anspruch auf seine Geldbezüge. Die Hauptkosten der Fürsorgeaktion tragen die beteiligten Krankenkassen, die in weitestgehender Weise das Vorbeugen von Krankheiten, die Kräftigung des jugendlichen Körpers für billiger und gesundheitspolitisch weiser halten, als das Heilen des erkrankten Menschen. Der Pfleger leistet nur einen geringen Unkostenbeitrag und hat zudem die Fahrtkosten zu übernehmen. Arbeitslose Jugendliche werden nach einer ärztlichen Befürwortung durch ihr zuständiges Arbeitslohnamt in die Heime entsandt.

Die österreichische Fürsorgeaktion hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einem ansehnlichen Unternehmen entwickelt. Ihr stehen gegenwärtig in Niederösterreich und Salzburg sechs freundliche Erholungsheime pachweise oder als Eigentum zur Verfügung, von denen vier Heime mit 1275 männlichen und zwei Heime mit 660 weiblichen Jugendlichen zurzeit belegt sind. Die Gesamtspfleglingszahl dieses Jahres beläuft sich auf etwa 10 000 Jugendliche (1918: 1807 Pfleger, 1923: 5571 Pflegerlinge). Seit 1918, dem Geburtsjahre der Lehrlingsfürsorgeaktion, sind mehr als 50 000 Jugendliche mit nahezu 1 1/2 Millionen Urlaubstagen in den Ferienheimen untergebracht worden.

Die deutsche Studentenkommision ist in gastfreundlichster Weise von den Freunden des Bruderverbandes empfangen worden. Der Bundesminister für soziale Verwaltung Dr. Reich wies bei einem Empfange der deutschen Jugendverbände darauf hin, daß alle für die Wohlfahrt der österreichischen Jugend arbeitenden öffentlichen und freien Körperschaften in gemeinsamer Arbeit weiterarbeiten, die schweren Schädigungen zu überwinden, die die Jugend in der Kriegs- und Nachkriegszeit hat erleiden müssen. Das kostbarste Kapital, was eine Nation besitze und das ihren Auf- und Abstieg entscheide, sei ihre Jugend. Eben deswegen müßte vom Staate alles ihm mögliche getan werden, um seine Jugend zu stärken und sie zu leistungsfähigen Männern und Frauen zu bilden.

Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion, Direktor Marianer, führte die deutsche Kommission durch sämtliche Heime. Die frohen und gebräunten Gesichter der Jungen und Mädchen bewiesen, welchen Segen für sie die Erholungszeit in reiner Landluft, in Licht und Sonne und bei guter Ernährung bedeutet.

Die deutsche Studentenkommision hat durch die österreichische Lehrlingsfürsorgeaktion wertvolle Anregungen empfangen. Sie ist in ihrer Anschauung gestärkt worden, daß auch in Deutschland durchgeführt werden muß, der erwerbstätigen Jugend eine für ihre gesundheitliche, geistige und seelische Entwicklung ausreichende Freizeit zu sichern und ihr die Möglichkeit zu schaffen, im Falle der Erholungsbedürftigkeit ihren Urlaub in guten Heimen verbringen zu können. Raabe.

Auf einer Erholungsreise in den Alpen ist unser Tarngehilfe

William Hartwig

am 19. August 1923 verunglückt
Der Verlobte, der seit 1890 Mitglied unseres Vereins war, ist uns stets ein lieber Mitarbeiter gewesen. Sein Andenken wird uns unerschütterlich sein.

Freie Turnerschaft Groß-Berlin
Bezirk Wedding (1862).
Der Vorstand.

Die Einsegnung findet am Montag, den 30. August, 4 1/2 Uhr nachm., im Krematorium Gerickestraße statt. Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Am 19. August verunglückt 1923 auf einer Bergfahrt am Groß-Glockner unser allseitig verehrter lieber Freund

William Hartwig

In aufrichtiger Trauer über den unerwartlichen Verlust

Der S.-Verein.
Ohne feierlichen Andenken!

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Einsegnung meines lieben guten Mannes, des Monteurs

Fritz Warrlich

sage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten, sowie dem Betriebsrat und den Kollegen der Turbinenfabrik AG, und dem Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank. Frau Elisabeth Warrlich, geb. Edel Charlottenburg, Hedderstr. 16

Wir suchen weiter

junge Talente

gegen Entgelt für das

Kabarett der Namenlosen
Monbijou, Jägerstr. 18

Mieten Sie von uns

Staubsauger

„ORION“

in 6 Monaten im Eigentum

Raddatz & G
Berlin W 66, Leipzigerstr. 122-123

Zur Einsegnung

Gute Jünglingsanzüge

fertig am Lager / In allen Größen vorrätig

Blaue Sakkoanzüge	Farbige Sakkoanzüge
Brustweite 82 cm	Brustweite 82 cm
Reinwoll. dunkelblauer Cheviot . . .	Dunkelgrau melierter, grätartig gemusterter Cheviot, mit bunt. Streifen, einreihig M. 36.-
38.-40.-	Mittelgrau melierter Cheviot, mit bunten Streifen, zweireihig M. 48.-
Reinwoll. schwerer dunkelbl. Cheviot . . .	Dunkelgrau melierter Cheviot, mit bunten Streifen, einreihig M. 50.-
53.-56.-	Dunkelgrau melierter, grätartig gemust. Cheviot m. feinen bunt. Streif., zweireihig M. 59.-
Reinwoll. kräftiger Cheviot, dunkelbl.	
56.-59.-	
Reinwoll. dunkelbl. Melton-Cheviot.	
65.-68.-	

Sakkoanzug

aus kräftigem marengo Cheviot, Brustweite 82 cm einreihig 56.- zwei-reihig 59.-

Smokinganzug

aus reinwollenem schwarzen Melton - Cheviot, mit Seidenspiegel, Brustw. 82 cm M. 100.-

Wäsche Hüte Unterzeuge

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STRASSE 1-4

Eigenerzeugnisse

Seelenverfettung.

Von A. M. Frey.
(Schluß.)

So weit wäre alles in Ordnung gewesen. Aber die Umstehenden mußten sich einmischen. Man wollte mit Worten beruhigen, nahm das Mädchen in Schutz, suchte die beiden zu trennen. Endlich — nach einer ganzen Weile — kam auch die Polizei. Unterdessen hatte sich der Zorn des Mannes gelegt. Er und das Mädchen standen dumpf nebeneinander. Die beiden Schutzleute fragten, was es gegeben habe, und als die Zuschauer an Stelle des Schweigsamen Paares geredet hatten, befahl er dem Arbeiter, sofort mit auf die Wache zu gehen. Der widersetzte sich. Die Schutzleute legten Hand an ihn. Da trat das Mädchen vor, zwischen dem Verhafteten und die Polizei. „Das geht niemandem was an, was wir zwei miteinander gehabt haben!“ rief sie. „Er ist jetzt wieder ruhig, er geht jetzt wieder ganz ruhig mit mir! Seit, Karl, du gehst jetzt wieder ruhig mit mir!“ — Der junge Mensch sagte nichts, aber er sah das Mädchen dankbar an.

„Der Mann geht mit uns“, sagte der Schutzmann.
Das Mädchen warf sich wieder dazwischen. „Nein!“ schrie sie, „nein — Karl! — Nein, Herr Schutzmann! Er ist ja wieder ganz ordentlich! Ich hab' ihm weh getan“ — sie fuhr sich mit der Hand über die zerhaften Haare — „dafür hat er mir jetzt auch weh getan. Und jetzt ist alles wieder in Ordnung. Das geht niemandem was an, was wir miteinander gehabt haben! Keiner Polizei und keinem Menschen!“

Aber die Schutzleute blieben unerblütlich. Sie zerrten den Arbeiter fort. Frau Amélie sah, wie der sich umwandte und etwas zu dem Mädchen sagte. Er sprach so leise, daß sie ihn nicht verstehen konnte, er schien dem Mädchen zuzureden. Schließlich gab er die Hand, aber das Frauenzimmer weinte auf und hing sich an ihn. „Nein!“ klagte sie, „du sollst nicht fort, Karl! Ich will bei dir bleiben. Du hast recht getan, wie du mich geschlagen hast. Was geht's denn die an, die sollen sich nicht einmischen!“

„Wenn die Person keine Vernunft annimmt, muß sie eben auch mit“, befahl der eine Schutzmann. „March! Alle zwett!“

Und der ganze Trupp mitläuft den Zuschauern setzte sich in Bewegung und verschwand um die nächste Straßenecke, unter spötelnden Zurufen der Menge und heulenden Reden der flachshaarigen Dirne.

Frau Amélie trat vom Fenster weg. Eine höchst widerliche Szene! Daß so etwas in dieser feinen Gegend überhaupt vorkommen konnte!

Sie wollte den unerquicklichen Vorfall, der ihre Reugierde doch nur vorübergehend hatte reizen können, und dem sie halb abgestoßen, halb lästern gefolgt war, schnell wieder vergessen. Sie zog sich um und dachte dabei an die fünf verschiedenen Eisorten von heute nachmittag — zwang sich, daran zu denken. Aber ihre Gedanken kehrten dennoch stets zu dem Straßenbild zurück.

Schließlich fand sie sich im dunklen Wohnzimmer an ungewohnter Stelle auf einem unbequemen Stuhle sitzend und vor sich hinsinnend. Nachdenken war sonst nicht ihre Sache, aber diesmal verlor sie mehr und mehr in ein ergebnisloses Brüten; was hatte sie da vorhin gleichsam miterlebt? — sie hörte noch die Stimme des Mädchens: Er ist ja wieder ganz ruhig — und mir ist recht geworden, — und niemand soll sich einmischen und er geht jetzt wieder brav mit mir. — Diese weinende, verteidigende, angstvolle Stimme, aus der etwas wie — Liebe klang? Eine Liebe, die sich mißhandeln ließ? Schöne Liebe!

Frau Amélie schürzte verächtlich die Lippen, aber gleichzeitig sah sie im Geiste ein junges Weib, das trotz Prügel, Polizei und höhnischer Reden an einem jungen Menschen hing, der ihr gehörte — über Prügel, Polizei und Hohngefläch hinaus. Von der Bedeutung dieses Bildes, das sie vor ihrem geschlossenen Auge im Dunkel des Zimmers sah, konnte sie sich keine klare Rechenschaft geben. Sie fühlte nur mit Unbehagen, daß es sich ihr immer wieder aufdrängte.

Plötzlich ertappte sie sich mit einem leisen Schreden bei der Erwägung, was sie tun würde, wenn es ihrem Manne jemals einfallen sollte, die Hand gegen sie zu erheben? Natürlich sofort die Koffer packen und zur Roma nach Paris reisen! Das war doch selbstverständlich. — Aber jenes Mädchen —? Die hatte den Mann, der sie geschlagen, verteidigt, hatte sich gegen jene gestellt, die es gut mit ihr meinten, und ließ sich nun mit dem Grobian zusammen einperren. Warum nur? Das war doch ganz widersinnig. Ach was! Paß schlägt sich, Paß verträgt sich. Ich will nicht weiter darüber nachdenken.

Sie sann dennoch weiter darüber nach, sofern sie überhaupt fähig war, über etwas nachzusinnen. Aber sie kam zu keinem Abschluß. Sie empfand nur dumpf, daß etwas vor sich gegangen war, was fremd und seltsam bedeutungsvoll in ihre nächsterne Welt hineingleuchte, in ihre Welt der Toiletten und Eisorten, etwas, dem sie niemals in ihrem Leben begegnet war — bis auf den heutigen Tag, wo es in Gestalt eines Arbeiters und eines Mädchens wie aus großer, ungewöhnlichen und unheimlichen Fernen herübergewinkt hatte. Sie wurde sich auch nicht klar darüber, daß sie etwas wie Reid empfand bei dem Gedanken an das Schicksal der geprügelten Diene. Wenn man ihr dies gesagt hätte — sie hätte die Verächtlichkeit mit Empörung zurückgewiesen. Hätte man sie aber gefragt: Glauben Sie nicht, daß Sie einmal etwas Wichtigeres in Ihrem Leben veräußert haben, etwas ganz Unfassbares, unwiderbringlich Entschwundenes — etwas, an dem Sie blind vorbeigegangen sind, das groß und unerkannt und ungefühl an Ihnen vorübergegrauscht ist — wenn man sie so im schweigenden Abendlicht des frühlingdurchnähten Zimmers gefragt hätte, so wäre sie nicht aufgewacht, wie vorhin, sondern hätte wohl unsicher und leise geantwortet: Ich weiß nicht, was Sie meinen. . . .

Eine Welle des Lebens, eines ewig ihr verschlossenen, eines wilden und unbegreiflichen, war bis an die Fenster ihrer gepulzten Wohnung getrandet und hatte Dinge mit sich geschwemmt, die gemein und abstoßend waren und dennoch seltsam verlockend, — und dennoch wie erfüllt von einem Ungeheuren, von dem Duft und Zauber eines Uebermüthigen. Hoch und Jörn und Schmerz und Glück und Liebe waren zum erstenmal vor ihren vertümmerten gleichgültigen Blicken in unbehaglicher Form aufgelaucht — waren vom Straßenpflaster her zu ihr emporgewachsen in abgeschmackter und dennoch mächtiger Gestalt und in wirrer, lächerlicher und dennoch ergreifender Gestalt.

Die schöne Frau im dunklen Zimmerwinkel war längst über die Dreihüg hinaus und hatte nichts Derartiges erlebt. Und sie mußte nicht, was über sie letzten Endes nun grübelte, was sie in dieser stillen Stunde eigentlich empfand: Eine von der alltäglichsten All-

Alle Achtung vor Hugenberg!



(„Der Tag“ erscheint in zwei Fassungen, die eine ist für Berlin, die andere für die „Provinz“ zugeschnitten.)

Das muß man Hugenberg lassen: er weiß das für andere unlösbare Problem zu lösen, welcher von beiden „Lokal-Anzeiger“-Lesern der dümmere ist!

tätigkeit ganz überwucherte Sehnsucht nach dem ungeliebten Leben, ein schwaches erbärmlich vermodertes Verlangen nach seinen Höhen und seinen Tiefen, nach Ausfahrt und Abenteuer, nach einem In-die-Weite-ziehen, irgendwohin, wo Täler blühen und Gipfel ragen, wo nicht der von tausend Fühen feingeriebener Staub der Heerdenstraße die Augen trüb und stumpf macht. Dorthin, wo nicht dem In-die-Ferne-schauen der Qualm der Niederungen ehrt. . . .

Frau Amélie sah noch immer auf dem alten Platz und wandte nun emporschauend ihre großen schönen dummen Augen gegen das offene Fenster und den nächtlichen Frühlingshimmel. Ein Stern stammte herein — von den Anlagen stieg würziger Atem der jungen Erde und eine junge Weibestimme sagte wie ganz von weitem: Er gehört zu mir, er gehört doch mir. . . .

Da ging die Tür und ihr Mann trat ins Zimmer. Er wunderte sich, daß seine Frau um einhalb neun Uhr noch im Finstern hockte.

Das Essen wartete schon und man ging gleich hinüber ins Speisezimmer. Es gab zarte Hammelkoteletten und frische ausländische Bohnen. Bei Tisch erzählte sie von dem Kramoll auf der Straße. Es sei unerhörl, daß solches Gesindel überhaupt in diese gute Gegend komme, ereiferte er sich. Und er werde sich wegen des lässigen Wächters beim Polizeipräsidenten beschweren.

Dann ging man ins Rauchzimmer und sprach nicht weiter über diese Angelegenheit. Er lehte eine Imporie in Brand und vergrub sich in seinen Klubessel. Und sie begann die Ergebnisse der heutigen Teeschicht genau zu erzählen. Er hörte anfangs mit halbem Ohre hin, dann schlief er ein, die erloschene Zigarre zwischen den feilen Fingern. Sie aber, nachdem sie mit ihrem Bericht zu Ende war, stand auf und schüttelte ihn, denn es war bereits nach zehn Uhr und Zeit zum Schlafengehen.

Der Meteorkrater von Arizona

„Die interessanteste Erscheinung auf der Oberfläche unseres Planeten“ hat der berühmte schwedische Astronom Svante Arrhenius den sogenannten Meteorkrater in Arizona genannt, und zweifellos ist dieses ungeheure Erdloch ein Naturdenkmal, das der Wissenschaft seit mehr als einem Dritteljahrhundert Rätsel aufgibt, an deren Lösung sich nicht nur bedeutende wissenschaftliche, sondern auch große materielle Folgen knüpfen. Ein amerikanischer Ingenieur, H. J. Winchmann, der den Krater eingehend studiert hat, gibt in einem interessanten Aufsatz der Zeitschrift „Progressive Arizona“ genau die Tatsachen an, an die sich so viele Erdörterungen angeknüpft haben: „Am nördlichen Mittel-Arizona nicht weit von der Stadt Winslow an der Hauptlinie der Santa-Fé-Eisenbahn und in der Nähe des berühmten Diablo-Canons ist ein merkwürdiger Krater, ein Erdloch, das 3950 Fuß im einen Durchmesser und 410 Fuß über dem anderen liegt, umgeben von einem „Rand“, der sich ungefähr 130 Fuß über die Erdoberfläche erhebt. Die Tiefe des Loches vom obersten Rande an beträgt etwa 500 Fuß. Es ist nicht die kleinste Spur einer vulkanischen Tätigkeit viele Kilometer rings um den Krater festzustellen. Die Steinflächen, sonst überall wogerecht, sind ungewöhnt und an zwei Stellen tatsächlich senkrecht. Die Ebene um den Krater herum ist dicht bedeckt mit großen Blöcken aus Sandstein und Kalkstein, von denen manche viele Tonnen wiegen. In dem Krater und ringsherum sind ungeheure Mengen von „Gesteinstaub“, die aus dem Sandsteinboden zu feinstem Puder zerrieben sind. An manchen Stellen sind diese Staubmassen mehr als 10 Fuß dick. Im Krater und um ihn herum hat man mehr Meteorsteine gesammelt, als jemals sonst auf der ganzen Erdoberfläche zusammen gefunden worden sind. Diese Meteore haben ein Gewicht von wenigen Gramm bis zu 1800 Pfund. Der Krater wurde zuerst von Weißen im Jahre 1871 bemerkt. Ein Späher des Generals Crook, A. J. Banta, entdeckte ihn und nannte ihn „Franklins Loch“. Seitdem haben sich viele Gelehrte mit der Erscheinung beschäftigt; umfangreiche Grabungen und Bohrungen sind vorgenommen worden, um die Entstehung festzustellen.“

Es gibt drei Theorien, die darüber aufgestellt worden sind. Nach der ersten ist der Krater ein Ergebnis vulkanischer Tätigkeit. Das ist aber ganz unmöglich, wie die eingehenden Forschungen erwiesen haben. Es gibt keine Spur von Lava in der ganzen Umgebung; die Form des Kraters widerspricht seiner vulkanischen Entstehung, und auf diese Weise lassen sich die vielen Meteorsteine nicht erklären. Auch die zweite Annahme, die eine gewaltige Explosion von heißem Dampf aus den unteren Schichten der Erde vermutet, ist ganz unmöglich. Durch Bohrungen bis zu einer Tiefe von 900 Fuß unter dem Boden des Kraters ist ein vollkommen unverletztes Bett von solidem roten Sandstein festgestellt worden, während die Schichten darüber vollkommen zerstückelt sind. Aus der Tiefe der Erde kann die Ursache nicht gekommen sein, zumal auch durch heiße Dämpfe die Ansammlung des Gesteinstaubes nicht zu erklären wäre. Es bleibt also nur die Theorie übrig, nach der vor Tausenden oder Zehntausenden von Jahren ein riesiger Meteor oder vielleicht

gar der Kern eines Kometen auf seiner Bahn mit der Erde zusammengestoßen ist. Diese Katastrophe, die das riesige Loch in das feste Erdgestein schlug, die Felschichten von ihrer wogerechten in eine senkrechte Stellung verkehrte und 300 Millionen Tonnen von Trümmern aus dem Loch herausgeschleuderte, wird heute von allen Forschern auf diese Weise gedeutet. Wenn wir die Schnelligkeit wählten, die der Meteor in dem Moment des Aufstoßens hatte, dann wäre es leicht, seine Größe zu berechnen. Lag seine Bahn in derselben Richtung wie die der Erde, so läßt sich die Schnelligkeit mit etwa 38 Kilometer in der Minute annehmen. Bewegte sie sich zur Erde entgegengesetzt durch den Raum, so würde die Schnelligkeit sogar mit etwa 70 Kilometern in der Sekunde zu beziffern sein. Berechnet man danach die aufsprallende meteorische Masse, so kann sie nicht weniger als 1 Billion Tonnen gemoggen haben, wahrscheinlich aber fünfmal soviel.

Die wichtigste Frage ist nun: „Wo befindet sich jetzt die Hauptmasse des Meteors?“ Mehrere hunderttausend Dollar sind bereits bei Bohrungen auf der Suche nach dem Meteor verbraucht worden. Da man zunächst meinte, daß der Meteor die Erde fast senkrecht getroffen habe, so wurde ein Schacht in der Nähe des Mittelpunktes des Kraters in die Erde gebohrt. In einer Tiefe von 225 Fuß gab man diesen Versuch auf. In neuester Zeit hat man dann an der Südküste des Randes Bohrungen bis zu einer Tiefe von 1376 Fuß vorgenommen und ist dabei auf eine 30 Fuß tiefe Schicht von meteorischem Stoff gestoßen. Diese Bohrung hat also einwandfrei erwiesen, daß die Annahme einer Entstehung durch den Aufsprall eines Meteors richtig ist und daß sich die Hauptmasse unter dem Südrand des Kraters befindet. Diese Feststellung ist nicht nur für die Wissenschaft von größter Bedeutung, da sie neue Erkenntnisse für den Aufbau unseres Sonnensystems vermittelt, sondern sie kann auch sehr großen wirtschaftlichen Wert erlangen. Nach den Berechnungen von Professor Elihu Thomson enthält die meteorische Masse, die zum größten Teil aus Eisen besteht, 8 Proz. Nickel und in jeder Tonne etwa 18 Gramm Platin und Iridium. Wenn die Masse 5 Millionen Tonnen schwer ist, so würde sie 90 000 Kilogramm Platin und Iridium aufweisen. Bei dem großen Wert des Platins und Iridiums würde das, selbst wenn man das Eisen und Nickel gar nicht mitberechnet, eine ungeheure Summe ergeben, die bei der Ausbeutung des Meteorkraters gewonnen werden könnte.

Vom Zähneputzen auf der ganzen Welt.

Seitdem etwa um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Zahnbürste in Gebrauch gekommen ist, ist für uns Zähneputzen und Gebrauch der Zahnbürste fast dasselbe. Es ist nicht überall so, aber selbst in Deutschland läßt der Gebrauch der Zahnbürste noch manches zu wünschen übrig. Wie Dr. Waag in der „Zahnärztlichen Rundschau“ angibt, ist die „Familienzahnbürste“ noch sehr häufig. Ja, er glaubt sogar, daß, wenn es uns in Deutschland bei der augenblicklichen Wirtschaftslage möglich wäre, durch die Schulzahnkliniken jedem Kinde eine Zahnbürste und ein Zahnputzmittel unentgeltlich mitzugeben, doch ohne Mithilfe der Schule kein durchschlagender Erfolg zu erzielen wäre. Auch fehlt es zurzeit an einem billigen Zahnputzmittel. Unsere großen Fabriken sollten ein billiges, einwandfreies, ständig kontrolliertes Zahnpulver in einer praktischen Pappschachtel auf den Markt bringen, das auch weniger bemittelte Schichten erschwingen können. Mehr als 25 bis 35 Pfennig dürfte eine für zwei bis drei Monate ausreichende Portion nicht kosten. Auf alle Fälle muß man sich an die Schulkinder wenden, damit sie als kommende Generation die durch Nachlässigkeit bedingten Zahnschäden unserer Vorfahren herabmindern.

In Amerika hat man seit mehr als einem Jahrzehnt die Zahnhygienikerin angestellt, die in den Schulen Anleitung zur richtigen Zahnpflege gibt. Man geht dabei durchaus praktisch vor. Das Kind hat ein größeres Interesse daran, etwas zu tun oder nachzuahmen, als sich mit theoretischen Vorgängen zu beschäftigen. Einige Minuten Übung im Zähneputzen in der Schule sind mehr wert als ausführliche Belehrung über Bau und Pflege des Gebisses. Man hebt nicht Schäden hervor, sondern sagt dem Kinde: „Bewe deine Zähne, damit du dich freuen kannst, einen frischen Mund, einen reinen Atem, ein Gebiß voll starker, gesunder Zähne zu haben.“

Ueber das Zähneputzen in Afrika erfahren wir von Dr. Mohrheimer, daß es selten vorkommt, daß bei einem Neger ein Zahn schlecht wird, denn die Neger legen großen Wert auf die Pflege des Mundes und bürsten ständig mit einem an dem einen Ende zerhackten Holzstäbchen an den Zähnen herum. Den eigenhändigen Gebrauch eines Zahnstochers verbietet ihnen der Aberglaube, aber wenn eine andere Person den Zahnstocher führt, so wird die Erkrankung der Göttheit hierdurch verhütet. In Asien ist bei den Indern eine gute Mundpflege sehr weit verbreitet. Häufiges Zähneputzen ist religiöse Pflicht. Am Morgen darf kein Getränk und keine Speise angerührt werden, bevor nicht die Zähne gereinigt sind. Dazu benutzt der Indier entweder die Zweige eines fruchttragenden Feigenbaumes, oder aber er nimmt etwas Wache oder feine Holzspäne auf den Zeigefinger und reinigt so seine Zähne besser und schneller, als es mit einer Zahnbürste möglich wäre.

Die Krise in der KPD.

Deutsche Arbeiter- oder russische Staatspolitik? Von Reinhold Schönant.

Genosse Reinhold Schönant sendet uns folgenden interessanten Artikel, den wir wiedergeben, obwohl wir in der Beurteilung der gegenwärtigen inner-russischen Politik in manchen Punkten nicht mit ihm übereinstimmen.

Die Kommunistische Partei wird schon jahrelang von Fieber-schauern geschüttelt. Aber niemals ist ihr Zustand bedenklicher gewesen als jetzt. Die gesamte Partei befindet sich in Unruhe. Eine Richtung kämpft gegen die andere. Niemand weiß, wie das Ende sein wird. Eines jedoch ist jetzt schon sicher: Die KPD. muß, wenn sie die Interessen derer wahrnehmen will, die sie zu vertreten vorgibt, nämlich der deutschen Arbeiterklasse, sich unzerstückelt von dem Einflusse Moskaus befreien. Tut sie das nicht, wird sie sich spalten. Befreit sie sich vom moskowsischen Imperialismus, dann ist in Deutschland kein Platz mehr für eine Arbeiterpartei außerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Wie sich die Dinge auch gestalten werden, eines ist sicher, die deutschen Kommunisten stehen an einem Scheidewege, der sie ins Nichts oder zurück in die Sozialdemokratie führen muß.

Wie kam es zu den Spannungen in der KPD.? Demjenigen, der die inneren Strömungen in der KPD. nicht kennt, der sie nur aus ihren hochtrabenden Aufrufen und Erklärungen beurteilt, muß vieles anders erscheinen, als es in Wirklichkeit ist. Tatsächlich ist der Wandel der KPD. die Geschichte jener Schichten der deutschen Arbeiterklasse, die von den revolutionären Ereignissen der Jahre 1917-1918 erschüttert, dem Laufe der Geschichte vorausseilen wollten. Allzu langsam schien ihnen der Gang der Geschicke. Sie wollten im frühen Ansturm erobert, was nur Frucht jahrelanger, harten Ringens einer geeinten Arbeiterklasse im revolutionären Kampfe sein konnte. Geht es doch wohl fast jedem von uns so, daß dem heißen Herzen das Tempo des Fortschrittes ungenügend erscheint. Würde uns nicht die nüchterne Erkenntnis der Triebkräfte der Gesellschaft leiten, dann würden auch wir in dieselben Fehler verfallen wie die KPD. So entstand aus der Stimmung des Bormärzstürmens die Richtung in der KPD., die die Weltrevolution erzwingen wollte. Warnend hatte kurz vor ihrem Tode Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“ geschrieben: „Kürzer treten! — Die klugen und abwägenden Elemente wurden nach der Vereinigung mit der USPD. im Jahre 1920 aus der Leitung gedrängt. Jene Führerschichten bekamen die Oberhand, die eine neue Revolutionstheorie, der man den Namen Offensivtheorie gab, aufgestellt hatten. Levi und Clara Zetkin mußten gehen. Brandler erhielt die Führung. Er ließ sich in die uneligiöse Märzaktion des Jahres 1921 treiben, die gestützt auf eine Analyse der Weltlage, in dem Sog gipfelte: „Der Krieg zwischen Amerika und England steht vor der Tür. Die Weltrevolution muß siegen; schlagen wir darum in Deutschland! —“

Wie war er zu dieser Anschauung gekommen? Wenn wir diese Frage beantworten wollen, kommen wir auf das Zentralproblem der KPD. — ihr Verhältnis zu Rußland. Es darf hier als bekannt vorausgesetzt werden, daß Rosa Luxemburg und ihr Kreis eine ablehnende Haltung gegenüber den Prinzipien der russischen Bolschewiki nach deren Machtergreifung einnahmen. Ihre meisterhafte Kritik ist inzwischen in allen wesentlichen Punkten bestätigt worden. Aus dieser Haltung heraus wollte dieser Kreis, bekannt unter dem Namen „Spartakusbund“, seine Politik unabhängig von den russisch-bolschewistischen Einflüssen halten. Auch nach dem Tode von Rosa Luxemburg wurde diese Politik fortgesetzt. Paul Levi und seine Anhänger schufen sich im sogenannten Westeuropäischen Sekretariat eine Plattform, die ihre Gegensätze zu den russisch-bolschewistischen Handlungen aufdeckte. Die Hauptpunkte, in denen sie sich von den Russen unterschieden, waren die Maßnahmen, die in Moskau getroffen wurden, um sich eine getreue Schutzhorde von Anhängern in den verschiedenen außerrussischen Ländern zu sichern. Dies Ziel glaubte die russische Politik am besten zu erreichen, indem sie die geschlossene europäische Arbeiterbewegung nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich zerschlug. Dies war um so verhängnisvoller, als im wesentlichen die größten Parteien des westeuropäischen Sozialismus der russischen Revolution sympathisch gegenüberstanden. Rußland würde einen viel festeren Stützpunkt zur Weiterführung seiner Revolution in der Gesamtarbeiterklasse der Welt gehabt haben, wenn es diesen verhängnisvollsten aller Fehler, die gewaltsame Zerrückung der Arbeiterbewegung Westeuropas, nicht begangen haben würde.

Der andere Gesichtspunkt, in dem sich die Spartakusgruppe von Rußland trennte, war die Beurteilung der revolutionären Situation. Sie sah die revolutionäre Bewegung als eine Massenbewegung auf, die man nicht künstlich machen, sondern nur beeinflussen konnte. Die russischen Bolschewiki glaubten an die Möglichkeit der Organisation einer Revolution. In Rußland wartete man auf die Weltrevolution. Daß diese nicht kam, war nicht Schuld der Bolschewiki. Sie machten in ihrem Kampfe, den sie gegen die ganze Welt zu führen geduldet waren, auf die internationale revolutionäre Unterstützung der Arbeiterklasse hoffen. Da sie aber ihre ganze Politik nur auf eine Karte, auf die Weltrevolution, die nicht kam, gesetzt hatten, wurde ihre internationale Politik so verhängnisvoll für die westeuropäische, insbesondere deutsche Arbeiterklasse.

Brandler wurde zum Hauptvertreter der russischen Anschauungsweise. Daraus erklärt sich die Tätigkeit Brandlers, der sonst ein abwägender Kopf war, während der Märzaktion 1921 und im Oktober 1923. Der Zweispalt in der Politik der KPD. unter Brandlers Führung drückt sich in dem Versuch aus, auf der einen Seite Anschluß an die sozialdemokratischen Arbeiter zu finden, auf der anderen Seite deren Partei zu zerrücken, um die „Weltrevolution“ durchzuführen, indem man den Gegner „provokiert“. Brandler mußte, um die linken Elemente seiner Partei bei der

Stange zu halten, sich und seine Partei über die wahren Triebkräfte der Arbeiterbewegung täuschen. Die Einheitsfronttaktik wurde als ein Manöver durchgeführt, um den sozialdemokratischen Gegner zu täuschen und zu verwirren. Daß diese Politik an ihren inneren Widersprüchen im Lande, wo man eine wirkliche Einheitsfront wollte, scheitern mußte, war leicht vorauszu sehen. Dazu kam noch, daß in Rußland immer stärker die „Neue ökonomische Politik“ (Nep) sich durchsetzte, die die russischen Bolschewiki zwang, ihre Machtposition immer mehr in der Bauernschaft zu verankern. Damit geriet die bolschewistische Diktatur immer mehr in Widerspruch mit den Interessen nicht nur der russischen Arbeiterklasse, sondern der der ganzen Welt. Moskau stellte seine Außenpolitik um. Aus der Losung „Weltrevolution“, die durch putschistische Abenteuer der angeschlossenen Sektionen erzwungen werden sollte, wurde die Losung „Befreiung der unterdrückten und armen Nationen“. Würden die am Marxismus geschulten westeuropäischen Kommunisten ihre Erfahrungen aus dem Weltkriege nicht vergessen gehabt haben, so hätten sie erkennen müssen, daß hinter dieser Losung der nach Machtentfaltung hungernde, neuauftretende russische Imperialismus steckte. So kam es, daß nicht nur in Rußland, sondern auch in den westeuropäischen Sektionen der Kommunistischen Internationale eine starke Spannung entstand, die durch die Opposition der mißtrauisch gewordenen Arbeiter gegenüber der russischen Staatspolitik hervorgerufen wurde. Sinowjew war schon damals der letzte Vertreter der auf Weltrevolution abgestimmten Kommunisten. Seine Kampfsmittel waren damals nicht nur falsch, sondern gefährlich. Er versuchte zum letzten Male in Deutschland im Oktober 1923 das Steuer herumzureißen und nahm gleichzeitig in Rußland zum mindesten einen Scheinkampf gegen die Rep auf. Er wollte zurück zu den alten Methoden des russischen Kriegskommunismus und der deutschen Märzaktion. Er mußte an diesen Voraussetzungen scheitern. Ueber sie war die Geschichte zur Tagesordnung übergegangen. Er stand damals gegen Trotski und Kadek, die insgeheim mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung der Arbeiterklasse durch Liquidierung der Roten Gewerkschaftsinternationale sowie der Moskauer Internationale zu spielen begannen. Weder Rußland noch Deutschland konnten sich in neue Abenteuer stürzen, ohne zugrunde zu gehen. So erblich Sinowjews Stern. Stalin, Rykow und Tschitscherin übernahmen es, die neuen Wege der russischen Politik zu gehen, die dem Bauerntum immer mehr Rechte gab, den Arbeitern aber immer mehr Pflichten auferlegte.

Die Oktoberaktion 1923 war aber gleichzeitig der Schlußstrich unter die Politik der Brandler-Richtung, die nicht den Mut gehabt hatte, sich von der russischen Bevormundung zu trennen und die Interessen der deutschen Arbeiterklasse zu vertreten. Halbheit tötet.

Ran folgte die Richtung Ruth Fischer-Scholem als Reaktion auf den Brandler-Rurs. Der Bortradikalismus übergriffste sich. Die Sozialdemokratie wurde zum Todfeind der Arbeiterklasse gestempelt. Ruth Fischer und ihre Männer jagten einen solchen Trennungsstrich zwischen sich und der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse, die hinter der SPD. stand, daß sie, als sie eines Tages erwachten, sich nach den Worten Ruth Fischers im Lager der Reaktion befanden. Man denke nur an die Preußen und Kommunistenpolitik der KPD. Die Kommunisten verloren jeden Einfluß, ließen bei jeder Wahl gewaltig Haare. Da griff Rußland ein und setzte die Fischer und Scholem durch den Effibrief davon. Am Grunde genommen war die Richtung Fischer-Scholem eine unbewusste Abgabe an die immer deutlicher als kapitalistisch erkennbar werdende russische Politik. Es waren reine Arbeiterschichten, die revolutionär aufgewühlt, die Politik der Fischer-Zentrale deckten. Wenngleich Ruth Fischer denen, die Rußland wahrheitsgemäß kennzeichneten, mit dem Ausschluß drohte, vollzog sie doch gleichzeitig ihre eigene Wandlung zur Abkehr von Rußland. Der von ihr unternommene Versuch, deutsche Arbeiterpolitik auf blankequidistischer Grundlage zu treiben, mußte die russischen aus-

wärtigen Interessen fördern. Rußland brauchte einen Handelsvertrag und einen Sicherheitspakt mit Deutschland. Beides konnte Rußland nur erlangen, wenn die deutschen Kommunisten sich manierlich benahmen. Ruth Fischer versuchte diesen Dingen gerecht zu werden, indem sie eine neue Annäherung an die SPD., wie sie es auffogte, propagierte. Auf der anderen Seite wollte sie sich von Moskau trennen und begann antirussische Faktionen, nicht nur in Deutschland, aufzuziehen. Dieses brach ihr das Genick. An ihre Stelle kam der „Transportarbeiter“ Thälmann. Die Mittelgruppen um Stöcker und Roenen, die mit Schuld gewesen waren am Aufkommen der Fischer-Herrschaft und die rechten unter Meyer durften gnädigst wieder mitarbeiten.

Inzwischen hatten sich die Begegnisse in Rußland derart über-spielt, daß sie zum Austrage drängten. Sinowjew wurde beilegt, weil er weiterhin den Standpunkt vertrat, Arbeiterpolitik zu treiben. Er nahm den Kampf auf und fand als Bundesgenossen nur die einst von ihm so arg befehdeten und aus den Positionen gedrängten Trotski und Kadek. Ferner die bereits durch Lenin befehligte Arbeiteropposition unter Slapnikow, sowie die Richtung Medwedjew vor. Er mußte seinen alten Standpunkt insoweit preisgeben, als er seine blanquistischen Anschauungen nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Es darf angenommen werden, daß in der nicht einheitlichen russischen Opposition, getrieben durch die Logik der Geschichte, die Trotskisten die Oberhand bekommen werden.

Diese erst unter der Oberfläche sich abspielenden russischen Ereignisse riefen die deutschen Kommunisten auf den Plan. Soweit sie in Opposition standen, gerieten sie in Gegensatz zur Stalin-Gruppe, die den Begebenheiten des russischen Bauernstaates nüchtern Rechnung trägt. Raß und Korsch wurden gegangen. Aber immer unaufhaltbarer rannten die Antimoskower in der KPD. gegen ihre Führung an. Es erwies sich als richtig, was früher oppositionelle Kommunisten gefagt hatten, daß jede Führung der KPD. einmal an einen Punkt käme, wo sie entweder deutsche Arbeiterinteressen oder russische Staatspolitik vertreten müsse. Dieser Zeitpunkt ist jetzt für die Führung der Kommunisten wieder einmal gekommen: Die kommunistischen Arbeiter in ihren wertvollsten Teilen haben es satt, Agenten russisch-imperialistischer Außenpolitik zu werden. Ruth Fischer sagt jedem deutlich, was ist. Darüber täuschen noch so schön gefärbte Berichte nach Rußland einander Arbeiterdelegationen nicht hinweg. Es erweist sich, daß solche Delegationen gerade einen Reisebericht geben können, niemals aber die Differenzierung der Klassen und die Verhältnisse eines solchen Landes in kurzer Zeit, zumal sie als Delegationen kommen und entsprechend „aufgeklärt“ werden, zu erkennen vermögen. Würden alle Arbeiter Deutschlands aufmerksam das verfolgen können, was die russischen Bolschewiki, stehen sie, wo auch immer, über die Umschichtung der Klassenkräfte zu sagen haben, dann würde ihnen klar werden, daß Rußland zu einem mächtigen kapitalistisch-imperialistischen Staat wird. Das einzige Gegengewicht würde die Befreiung der russischen Arbeiter von dem Zwange einer Diktatur sein, die unter dem Vorwande, sozialistisch zu sein, den Arbeitern die Luft zum Leben raubt. Nur eine von den jetzt herrschenden Schichten der Bolschewiki los-gelöste Arbeiterpartei kann die Voraussetzung zu einem neuen Aufstieg des russischen Proletariats sein. Wenn daher die Sinowjew, Ramenew, Krupskaja, Kadek und Trotski es durchlegen sollten, eine solche legale Partei zu schaffen, die unter dem Druck der Verhältnisse sozialdemokratische Politik machen möchte, dann wäre viel erreicht.

Die deutsche Arbeiterklasse muß daraus die Lehre ziehen, daß in Deutschland kein Raum ist für zwei Arbeiterpartei. Die Kommunisten haben das Recht per se, sich so zu nennen. Sie sind die treuen Trotskisten arbeiterfeindlicher russischer Staatsinteressen geworden. Mögen daher die kommunistischen Arbeiter den einzig möglichen Schluß ziehen: Loslösung von Moskau, Wiedervereinigung mit den komplexen Massen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Treibt Sport



Tragt nur die aus bestem Material sportgerecht und erstklassig gearbeiteten Leiser Sport-Qualitäten

- Hallenturnschuhe** 130
mit biegsamer Chromledersohle und Gummiband, prima Stoffgewebe, Gr. 31 bis 35 1,45, 36-42 1,60, 43-47 1,75, 27-30
- Graue Turnschuhe** 195
prima Segeltuch, kräftige Chromsohle, Größe 31-35 2,25, 36-42 2,65, 43-47 2,95, Größe 28-30
- Lederturnschuhe** 590
für aktive Sportler, prima Chromledersohle, biegsam u. elastisch, Gr. 41 bis 46 6,50, Größe 36-40
- Radfahrerschuhe** 790
mit Stahlplatte, auch für die Bahn, Größe 39-46 8,75, Größe 36-38
- Rennschuhe, Stahldorn** 950
mit erstklassiger Stahlband-befestigung, gesetzlich geschützt, flexible Gr. 36-46 9,90, 36-38
- 1a Fußballstiefel** 1090
prima Lederausführung, doppelt aufgesteppte Vorderkappe, Ballen-verstärkung, geschmeid. Schah, Größe 29-46 11,50, 36-38

HAG

Ich habe Kaffee Hag sowohl in der Praxis als auch in meinem Familiengebrauch häufig angewandt. In den meisten Fällen, wo der gewöhnliche Bohnenkaffee contraindizierend ist, leistet Kaffee Hag sehr gute Dienste; er wird auch gern genommen, da er in puncto Aroma hinter keinem Bohnenkaffee zurücksteht.

Dr. J. Ab der Halden, Altstetten (Zürich)



Das größte Schuh-Spezialhaus mit der größten Auswahl Berlins!

Sportsrümpfe und Stutzen in grösster Auswahl und billigsten Preisen

